

Rundbrief 1-2020

Brief der Geschäftsführerin

Veranstaltungen

- 4 Geschäftsstelle
- 5 Junge DGO
- 6 Zweigstellen

Publikationen

- 8 Zeitschrift OSTEUROPA
- 12 Zeitschrift OSTEUROPA-Recht
- 14 Länder-Analysen

Mitglieder

- 16 Mitgliederversammlung
- 22 Klaus-Mehnert-Preis
- 24 Personalien
- 26 Veröffentlichungen
- 28 Die DGO-Plattform – eine neue Vernetzungsmöglichkeit
- 29 SprecherInnen der Jungen DGO
- 30 Digitale Veranstaltungsformate der Jungen DGO
- 31 DGO-Mentoringprogramm
- 32 Regionalgruppen der Jungen DGO

Aktuelles aus der Osteuropaforschung

- 34 Personalien
- 34 Belarusisch-Deutsche Geschichtskommission

Veranstaltungsberichte

- 36 Geraubte Ikonen – zerstörte Kirchen
Der Krieg gegen die Sowjetunion und die „Weißen Flecken“ in der deutschen Erinnerung
- 38 Meere als Raum von Kooperation und Konflikt
- 41 Judicial and Constitutional Reforms after Armenia's Velvet Revolution –
Balance or Clash of Powers?
- 42 Reshuffle in Domestic and Foreign Politics – on the State of the Ukrainian Government
- 44 Die Verfassungsreform in Russland: Inhalte und Umsetzung
- 46 Dead-end Jobs: Precarious Work in Central and Eastern Europe – and Germany
- 48 Presidential Election in Belarus Against the Background of Pandemic and Popular Protests

Impressum

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder,

seit Corona ist alles anders. Das Virus Covid 19 hat die Welt verändert – und auch die DGO reagiert auf die Krise. Die Zeitschrift OSTEUROPA hat mit dem Heft „Labortest. Pandemiebekämpfung im Osten Europas“ sehr schnell eine Analyse der Auswirkungen der Gesundheitskrise auf die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen im östlichen Europa vorgelegt. Diese reichen von Ungarns autoritärer Notstandsgesetzgebung über die Auswirkungen auf das Verfassungsreferendum in Russland bis zum Krisenmanagement in den zentralasiatischen Staaten. Auch in den letzten Podiumsdiskussionen spielte der Umgang mit dem Virus eine wichtige Rolle. So ist die breite Zustimmung zu alternativen Präsidentschaftskandidatinnen und -kandidaten in Belarus auch auf das Missmanagement der Regierung im Umgang mit der Pandemie zurückzuführen. Und schlussendlich deckt Covid 19 auch Schwachstellen im deutschen Wirtschafts- und Rechtssystem auf. So ging es bei der Podiumsdiskussion „Dead-end Jobs“ um die prekären Arbeitsverhältnisse von osteuropäischen Saisonarbeitskräften in Deutschland. Die hohen Infizierungsraten in der Fleischindustrie sind vor allem auf mangelnden Arbeitsschutz und unzulängliche Wohnverhältnisse dieser Personengruppen zurückzuführen.

In diesem Jahr jährt sich das Ende des Zweiten Weltkriegs zum 75. Mal. Zum Auftakt veranstaltete die DGO in der Berliner Gedächtniskirche eine Podiumsdiskussion über den Krieg in der Sowjetunion und die „weißen Flecken“ in der deutschen Erinnerung. Wie politisiert der heutige Umgang mit der Geschichte ist, zeigt ein Heft der Zeitschrift OSTEUROPA-Recht über „Law and History“. Dabei geht es um das Verhältnis von Recht und Geschichte in Polen, Russland und den nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten im Verwaltungsbezirk Donezk. Anfang März veranstaltete die DGO bei der Körber-Stiftung in Hamburg ihre Jahrestagung zum Thema „Meere als Raum von Kooperation und Konflikt“. Von der Geschichte bis in die Zukunft ging es um Konfliktpotentiale und Kooperationsmöglichkeiten von der Arktis über die Ostsee und das Kaspische Meer bis zum Pazifik. Die OSTEUROPA hat dazu ein Themenheft über „Konflikt und Kooperation in der Arktis“ herausgegeben. Corona bestimmte nicht nur die Themen, sondern auch



Gabriele Freitag
Geschäftsführerin
DGO

die Formate vieler Veranstaltungen, die inzwischen online durchgeführt werden. Vorreiter dafür ist die Junge DGO, die bereits seit einiger Zeit digitale Veranstaltungen anbietet. Wir informieren Sie in diesem Heft über unterschiedliche Veranstaltungsformate der Jungen DGO, darunter neuerdings auch ein Online-Kolloquium zur Vorstellung wissenschaftlicher Projekte. Der erste Jahrgang des Mentoringprogramms ist inzwischen abgeschlossen. Wie erfolgreich dieses Pilotprojekt war, zeigt sich an den vielen Anmeldungen neuer Mentees sowie Mentorinnen und Mentoren für den zweiten Durchgang. Und schließlich schaltete die DGO direkt zum sogenannten „Lockdown“ die digitale DGO-Plattform frei, die den Mitgliedern der DGO die direkte Kommunikation untereinander ermöglicht. Wir freuen uns über Ihr Interesse!

Ihre

Dr. Gabriele Freitag





Veranstaltungen

Geschäftsstelle: Vorschau

Datum / Ort	Titel	
19. August, online	Diskussion Deutsch-russische Beziehungen: Anzeichen für Veränderungen?	In Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung, dem Landesbüro NRW, der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus
25. August, Köln	Diskussion Konflikte in der Arktis. Russland, der Klimawandel und seine Folgen	In Kooperation mit dem Lew Kopelew Forum
23. September, online	Diskussion Architektur der Blockade. Baudenkmäler in Leningrad während der deutschen Besatzung, 1941–1944	In Kooperation mit dem Deutsch-Russischen Begegnungszentrum in Sankt Petersburg u.a.
1. Oktober, online	Tagung JOE on Web	In Kooperation mit dem Center for Eastern European Studies, Universität Zürich und der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
5.–6. Oktober, online	Fachtagung Fachgruppe Geographie: STATUS QUO VADIS? Bestandsaufnahme und Zukunft der geographischen Osteuropa-Forschung	In Kooperation mit der Technischen Universität Chemnitz
8. Oktober, online	Fachtagung Fachgruppe Wirtschaft: Economic Inequality in Eastern Europe: Causes and Implications for Social, Economic and Political Development	In Kooperation mit der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS)
16. Oktober, online	Workshop Zukunft Osteuropa III	
6. November, Frankfurt am Main	Fachgespräch Fachgruppe Recht: Die Zukunft der Ostrechtsforschung	

Geschäftsstelle: Rückschau

Datum / Ort	Titel	
18. Februar, Berlin	Podiumsdiskussion Geraubte Ikonen – zerstörte Kirchen. Der Krieg gegen die Sowjetunion und die „Weißen Flecken“ in der deutschen Erinnerung	In Kooperation mit der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche und dem Deutsch-Russischen Forum
5.–6. März, Hamburg	DGO-Jahrestagung Meere als Raum von Kooperation und Konflikt	
28. April, online	Diskussion Der Konflikt im Asowschen Meer	
3. Juni, online	Diskussion Reshuffle in Domestic and Foreign Politics – won the State of the Ukrainian Government	
23. Juni, online	Diskussion Die Verfassungsreform in Russland: Inhalte und Umsetzung	
26. Juni, online	Diskussion Dead-end Jobs: Precarious Work in Central and Eastern Europe and Beyond	In Kooperation mit der Volksbühne Berlin
30. Juni, online	Diskussion Presidential Election in Belarus Against the Background of Pandemic and Popular Protests	In Kooperation mit der deutsch-belarussischen gesellschaft e. V.

Junge DGO: Rückschau

Datum / Ort	Titel	
17. März, online	1h #jungedgo on Web mit Sabine Fischer: Beziehungen zwischen EU und Russland	Lejly Agamuradova
25. Mai, online	1h #jungedgo on Web Judicial and Constitutional Reforms after Armenia's Velvet Revolution – Balance or Clash of Powers?	Ricardo Bergmann
24. Juni, online	DGO Online-Kolloquium Urbane Infrastrukturen zwischen Moskau, Leningrad und Taschkent. Technologietransfer in der Sowjetunion	Philipp Schröder
30. Juni, Online	#nachgehakt Präsidentenwahlen in Polen	Elisabeth Lüdeking und Martha Schmidt

Zweigstellen: Vorschau

Datum / Ort	Titel	
Dresden		
3. September	Vortrag Putins Verfassungscoup – Krönung seines Regimes	Otto Luchterhandt (Hamburg)
22. Oktober	Vortrag Polen unter anderen. Literatur und globale Migration	Dirk Uffelmann (Gießen)
Düsseldorf		
10. September	Vortrag „Ich kam als Gast ins euer Land gereist...“ Deutsche Antifaschisten in der Sowjetunion 1933–1956	Wladislaw Hedeler (Berlin)
23. September	Vortrag Wurde der Hitler-Stalin-Pakt mit dem Blut deutscher kommunistischer Emigranten besiegelt?	Carola Tischler (Berlin)

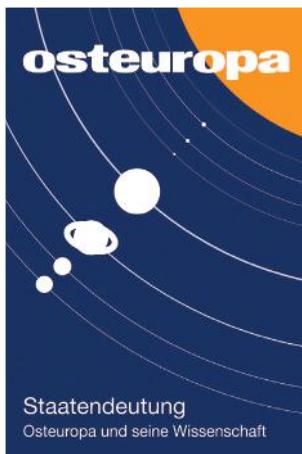
Zweigstellen: Rückschau

Datum / Ort	Titel	
Bamberg		
6. Februar	Filmvorführung mit Vortrag Donbass: Sergej Loznitsa, 2018	Eva Binder (Innsbruck)
28. Mai, online	Vortrag Everyday Belonging in Post-Soviet Borderlands: The Case of Russian Speakers in Estonia and Kazakhstan	Alina Jašina-Schäfer (Gießen)
Dresden		
27. Februar	Vortrag Verfassungsturz oder Festschreibung des Status quo? Aktuelle Entwicklungen im russischen Verfassungsrecht	Burkhard Breig (Berlin)
Düsseldorf		
20. Januar	Vortrag Weißrussland auf dem Weg nach Europa? – Perspektiven nach der Parlamentswahl vom November 2019	Olga Shparaga (Minsk/ Düsseldorf)
26. Februar	Vortrag Russische Außenpolitik unter Wladimir Putin 2000–2020	Felix Riefer (Köln)

Datum / Ort	Titel	
Leipzig		
15. Januar	Vortrag Zeit-Schriften: Formen und Funktionen der historischen Zeit in der polnischsprachigen Presse 1880–1914	Clara Fryszacka (Frankfurt (Oder))
6. Februar	Vortrag Filmvorführung und Filmgespräch zu „Oskar“ – ein Porträt aus der inoffiziellen Kunstszene der Sowjetunion	Alexander Smoljanski (Berlin) / Marina Dmitrieva (Leipzig)
Münster		
22. Januar	Vortrag Russland: Erneuerung von unten? Wachsende Proteste – Erwartungen der Zivilgesellschaft – Reaktion der Machthaber	Alexander Morosow (Prag)
Oldenburg		
14. Januar	Vortrag Marginal und radikal? Radikalisierungsdynamiken und Akteure in den Grensräumen Russlands	Philipp Schedl (Bamberg)
28. Januar	Vortrag Zerfallende Reiche: Entflechtungsprozesse in der Endphase des Russischen und Sowjetischen Imperiums im Vergleich	Jörg Baberowski (Berlin)
Regensburg		
14. Mai, online	Vortrag Russlands Traum – Anleitung zum Verständnis einer anderen Gesellschaft	Reinhard Krumm (Regensburg)

Publikationen

OSTEUROPA



In „Staatendeutung. Osteuropa und seine Wissenschaft“ geht es um grundlegende Fragen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Osten Europas: Um Modernisierungsblockaden in Russlands High-Tech-Industrie, um Kirchenpolitik in der Ukraine, um Geschichtspolitik in Litauen. In einem Schwerpunkt „Osteuropaforschung und Politikberatung“ analysieren Hans-Henning Schröder, Andreas Heinemann-Grüder und Alexander Libman das Verhältnis von Wissenschaft und Politik sowie die Chancen und Grenzen sozialwissenschaftlicher Beschäftigung mit Osteuropa.

Außerdem vergleicht Roland Götz Russland und China in der Statistik, analysiert Andrii Portnov den Holodomor als Genozid, studiert Ulrich Schmid die Heidegger-Rezeption in Russland und blickt Hana Rydza auf die Parlamentswahlen in der Slowakei zurück.

Der Band hat 200 Seiten und enthält 12 Abbildungen sowie eine Karte. Mitglieder der DGO erhalten das Heft zu einem Sonderpreis von 11,00 Euro (statt 15,00), zzgl. Versandkosten.

Inhalt

Hana Rydza

Neues Personal, alte Probleme
Die Parlamentswahlen in der Slowakei

Nikolay Mitrokhin

„Atheisten des Kiewer Patriarchats“
Die Kirchenfrage in der Ukraine nach dem Tomos

Andrii Portnov

Der Holodomor als Genozid
Historiographische und juristische Diskussionen

Adam Bobryk

Die Fesseln der Geschichte
Erinnerungskonflikte in Litauen

Ulrich Schmid

Heidegger in Russland
Rezeptionslinien und Aktualisierungen

MIKRO- UND MAKROÖKONOMIE IN RUSSLAND

Nicole Krome

Modernisierung durch Staatslenkung?
Russlands High-Tech-Industrie in der Sackgasse

Roland Götz

Auf dem Prüfstand
China und Russland im statistischen Vergleich

OSTEUROPAFORSCHUNG UND POLITIKBERATUNG

Hans-Henning Schröder

Politikberatung und ihre Grenzen
Lehren aus drei Jahrzehnten Osteuropaforschung

Andreas Heinemann-Grüder

Zukunftsforschung Osteuropa
Orientierungswissen statt Accessoire der Politik

Alexander Libman

Krise oder Blüte?
Sozialwissenschaftliche Osteuropaforschung



Der Umgang mit Corona verrät viel über die politische Kultur eines Landes. Das zeigt der „Labortest“ in OSTEUROPA 3–4/2020. In Ungarn nutzte das Orbán-Regime die Epidemie zum weiteren Anziehen der autoritären Daumenschrauben. Während viele Länder erhebliche Einschränkungen des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft zur Pandemiebekämpfung beschlossen, verfolgt Belarus einen Sonderweg. Und in Russland pulverisierte Corona die nach der Verfassungsreform geplante Putinsche „Kaiserkrönung“.

Neben neun Studien zur Pandemiebekämpfung bietet der Band einen zweiten Schwerpunkt: Magdalena Marszałek, Jens Herth und Ulrich Schmid behandeln die intellektuellen Vordenker des nationalkonservativen Milieus in Polen.

Außerdem: Tanja Penter und Guido Hausmann rekonstruieren, was die Deutschen über den Holodomor wussten, Irina Ščerbakova berichtet als Insiderin, wie „Memorial“ schikaniert wird, Roland Götz blickt hinter die Kulissen des Preiskriegs ums Öl und Nikolay Mitrokhin analysiert den neuen Kurs in der Weltpolitik der Russischen Orthodoxen Kirche.

Der Band hat 240 Seiten und enthält 16 Karten sowie zahlreiche Abbildungen. Mitglieder der DGO erhalten das Heft zu einem Sonderpreis von 15,00 Euro (statt 22,00), zzgl. Versandkosten.

Inhalt

Roland Götz

Sečins Ölkrieg
Die OPEC+ und Russland

Nikolay Mitrokhin

Expansion nach dem Zerwürfnis
Die Weltpolitik der Russischen Orthodoxen Kirche

PANDEMIEBEKÄMPFUNG IM OSTEN EUROPAS

Dániel Hegedűs

Ungarns autoritärer Notstandsstaat
Machtergreifung durch Pandemiebekämpfung

Marta Bucholc, Maciej Komornik

Die PiS, das Virus und die Macht
Präsidentenwahlen in Zeiten der Pandemie

Zuzana Lizcová

Abschottung, neue Solidarität, unklare Zukunft
Tschechien und die Sars-CoV-2-Epidemie

Andrea Kluknavská, Tomáš Gábriš

Im Konsens
Pandemiebekämpfung in der Slowakei

Marija Lipman

Coronavirus statt Kaiserkrönung
Putins Verfassung und die Pandemie

Astrid Sahn

Riskanter Sonderweg
Belarus und die COVID-19-Pandemie

Juri Durkot

Im Krisenmodus
Pandemiebekämpfung in der Ukraine

Stefan Meister

Rasche Reaktionen, autoritäre Reflexe
Pandemiebekämpfung im Südkaukasus

Edda Schlager

Angst vor Kontrollverlust
Die Corona-Pandemie in Zentralasien

KONSERVATIVE INTELLEKTUELLE IN POLEN

Magdalena Marszałek

Barde der konservativen Revolution
Jarosław Marek Rymkiewicz

Jens Herlth

Literaturkritik von rechts
Brüche und Kontinuitäten im Werk von Tomasz Burek

Ulrich Schmid

Romantik und Politik
Stanisław Srokowski und das patriotische Narrativ der PiS

* * *

Guido Hausmann, Tanja Penter

Instrumentalisiert, verdrängt, ignoriert
Der Holodomor im Bewusstsein der Deutschen

Irina Ščerbakova

Memorial unter Druck
Techniken des repressiven Staates in Russland
Das Netzwerk von MEMORIAL

Dokumentation

Petition:

Covid-19: Aufhebung der gegen Jurij Dmitriev verhängten Untersuchungshaft

Dokumentation

Bestellungen

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der Lieferadresse per Mail an osteuropa@dgo-online.org oder teilen Sie uns Ihre Bestellung telefonisch mit: 030/30 10 45 -81 /-82.



Konflikt und Kooperation in der Arktis stehen im Zentrum von Band 5/2020. Herfried Münkler führt mit Überlegungen zu einer maritimen Ideen- und Strategieggeschichte in das Thema ein. Kristina Künzel-Witt übersetzt den Ansatz in eine Studie zur Suche nach der Nordostpassage im 18. Jahrhundert, Andreas Renner überträgt ihn auf die Analyse von Russlands Arktisplänen, Michael Paul auf die Großmacht Konkurrenz China, Russland, USA. Wider das strategische und geopolitische Denken argumentieren Andrej Zagorskij und Christoph Humrich, die trotz schärfer werdender Rhetorik in Moskau und Washington noch Chancen für eine Deeskalation im Nordpolarmeer sehen. Detaillierte Einblicke in die Funktionsweise des neopatrimonialen Systems in Russland bietet Arild Moe am Beispiel der Verwaltung des Nördlichen Seewegs und der Eisbrecherflotte durch Rosatom sowie der Entwicklung der Öl- und Gasförderung im Hohen Norden.

Drei Karten – zur Eisbedeckung im Nordpolarmeer 2019 und 2020, zum Nördlichen Seeweg sowie zur Erdgas- und Erdölförderung in Russlands Hohem Norden – sowie zwei historische Farbkarten zur Polarregion ergänzen den Band.

Der Band hat 144 Seiten und enthält zahlreiche Abbildungen sowie drei Karten. Mitglieder der DGO erhalten das Heft zu einem Sonderpreis von 10,00 Euro (statt 16,00) als Papierexemplar, zzgl. Versandkosten.

Inhalt

Editorial

Kühler Verstand

Herfried Münkler

Stadt, Land, Meer

Ansätze zu einer maritimen Ideen- und Strategieggeschichte

Kristina Künzel-Witt

Eisfrei über den Nordpol?

Die Suche nach einer Nordostpassage im 18. Jahrhundert

Andreas Renner

Markt, Staat, Propaganda

Der Nördliche Seeweg in Russlands Arktisplänen

Arild Moe

Russlands Nördlicher Seeweg

Nationale Exporttrasse statt internationaler Handelsroute

Andrej Zagorskij

Konflikt in den Köpfen

Kritik der Versichertheitlichung der Arktis

Christoph Humrich

Kooperation trotz Großmacht Konkurrenz

Die Folgen des Klimawandels in der Arktis

Michael Paul

Maritimes Dreieck

Chinas Aufstieg, Russlands Abstieg und die USA

VARIA

Rebekka Hahn

Glaube und Zugehörigkeit

Ich-Erzählung einer jungen russlanddeutschen Frau

OSTEUROPA-Recht



Das Heft 4/2019 behandelt als Schwerpunkt das Verhältnis von Recht und Geschichte am Beispiel von Russland, Polen und dem nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebiet des Verwaltungsbezirks Donezk. Mikhail Antonov analysiert die russischen Erinnerungsgesetze, vor allem mit Bezug auf den Kampf gegen den Faschismus, und stellt sie in den rechtlichen und politischen Kontext. Maren Krimmer blickt auf Denkmäler und Mahnmale in Polen, die nach dem Zweiten Weltkrieg zu Ehren der Sowjetunion errichtet wurden. Diese sind von der Antikommunismus-Gesetzgebung betroffen, die kommunistische Symbole verbietet. Die Autorin hinterfragt, inwieweit das Völkerrecht prosowjetische Denkmäler in Polen schützt. Olga Kasharska blickt auf die Erinnerungsgesetze in den nicht ukrainisch kontrollierten Gebieten des Bezirks Donezk. Diese sollen dazu dienen, im Verhältnis zum ukrainischen Staat eine eigenständige Identität zu entwickeln, gleichzeitig aber an die gemeinsame Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg anknüpfen.

Inhalt

Mikhail Antonov

Law and Memory Politics in Russia

Maren Krimmer

Soviet War Memorials in Poland – An International Legal Analysis

Olga Kasharska

Erinnerungsgesetze in der sog. „Volksrepublik Donezk“

Sergi Jorbenadze

Die Vertragsstrafe im georgischen Recht

Bestellungen

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der Lieferadresse per Mail an den Nomos-Verlag:
abo@nomos.de.

Einzelhefte der OSTEUROPA-Recht kosten 21,00 Euro, ein Jahresabonnement kostet 98,00 Euro (für Mitglieder der DGO 79,00) zzgl. Versandkosten.



Saskia Geisler

Länder-Analysen

Die DGO ist Mitherausgeberin eines Verbunds von Länder-Analysen, die aktuelle Analysen, Fakten und Chroniken der Entwicklungen in Osteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien bieten. Alle Analysen sind unter www.laender-analysen.de kostenlos zugänglich.

Belarus-Analysen

Nr. 47 (31.01.2020)
[10 Jahre Östliche Partnerschaft für Belarus](#)
[Belarussisch-ukrainische Beziehungen](#)

Nr. 48 (10.04.2020)
[Covid-19 in Belarus](#)

Nr. 49 (18.04.2020)
[Die belarussische Wirtschaft](#)
[Belarus und Russland](#)

Nr. 50 (08.07.2020)
[Präsidentenwahlen](#)
[Covid-19 in Belarus](#)

Polen-Analysen

Nr. 249 (22.01.2020)
[Das Konzept des Intermarium und der Drei-Meere-Initiative](#)

Nr. 250 (04.02.2020)
[Migrationsland Polen](#)

Nr. 251 (18.02.2020)
[Die politische Szene nach den Wahlen 2019](#)

Nr. 252 (02.03.2020)
[Jugend 2020](#)

Nr. 253 (17.03.2020)
[Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen](#)

Nr. 254 (21.04.2020)
[Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation in Polen in der Corona-Krise](#)

Nr. 255 (05.05.2020)
[Die polnische Landwirtschaft in Zeiten des Klimawandels](#)

Nr. 256 (19.05.2020)
[Das zivilgesellschaftliche Engagement der Polen](#)

Nr. 257 (02.06.2020)
[Fehlgeschlagene Präsidentschaftswahl im Mai 2020](#)

Nr. 258 (16.06.2020)
[Polnische Perspektiven auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020](#)

Russland-Analysen

Nr. 380 (27.01.2020)
[Einigkeiten und Differenzen](#)

Nr. 381 (07.02.2020)
[Regierungswechsel und Verfassungsänderung](#)

Nr. 382 (21.02.2020)
[Sozialpolitik](#)

Nr. 383 (11.03.2020)
[Soziokulturelle Entwicklung der Jugend](#)

Nr. 384 (24.03.2020)
[Lebenszufriedenheit](#)

Nr. 385 (14.04.2020)
[Covid-19 in Russland](#)

Nr. 386 (27.04.2020)
[Wirtschaftskrisen und Energiestrategie 2035](#)

Nr. 387 (25.05.2020)
[Militär und Covid-19](#)

Nr. 388 (15.06.2020)
[Internet](#)

Ukraine-Analysen

Nr. 228 (01.02.2020)

Gastransit
Quo vadis, Ukraine?
Menschenrechte
Desinformationsgesetz

Nr. 229 (13.02.2020)

Reformen
Beziehungen zu Belarus

Nr. 230 (27.02.2020)

Wechsel an die Spitze des Präsidentenbüros
Geldpolitik
Privatisierung

Nr. 231 (06.03.2020)

MH-17-Prozess
Donbas: Fünf Szenarien

Nr. 232 (26.03.2020)

Coronavirus
Regierungswechsel

Nr. 233 (04.05.2020)

Coronavirus
Klimapolitik
Pressefreiheit

Nr. 234 (15.05.2020)

Ein Jahr Selenskyj
Geschichtspolitik
Östliche Partnerschaft

Nr. 235 (02.06.2020)

Covid-19 und Zivilgesellschaft
Oligarchen im Forbes-Rating 2019

Nr. 236 (11.06.2020)

Minsker Prozess
Covid-19 in der Ukraine

Nr. 237 (25.06.2020)

HIV
Masern
Covid-19

Zentralasien-Analysen

Nr. 139 (31.01.2020)

Identität und soziale Stellung von Juden in Zentralasien
Parlamentswahlen in Usbekistan

Nr. 140 (04.04.2020)

Dunganen in Kasachstan
Parlamentswahlen in Tadschikistan
Covid-19 in Zentralasien

Nr. 141 (31.05.2020)

Blick aus dem Pamirgebirge auf die Corona-Pandemie
Stimmen zur Corona-Pandemie aus Zentralasien

Russian Analytical Digest

No. 247 (25.02.2020)

Eurasian Economic Union

No. 248 (10.03.2020)

Central Asia

No. 249 (20.03.2020)

Need-based Social Policies

No. 250 (09.04.2020)

Russian President Putin

No. 251 (20.04.2020)

Russia and the Covid-19 Pandemic

No. 252 (08.05.2020)

Russian Orthodoxy

No. 253 (18.06.2020)

US-Russian Relations

No. 254 (24.06.2020)

Social Issues

Mitglieder

Protokoll der Mitgliederversammlung

5. März 2020

14.00 bis 16.30 Uhr in der Körber-Stiftung,
Kehrwieder 12, 20457 Hamburg

Protokoll: Gabriele Freitag

Fotos: Claudia Höhne

1. Begrüßung und Verabschiedung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 14. März 2020

Anja Tippner, Mitglied des Vorstands der DGO, begrüßte die anwesenden Mitglieder in Vertretung von Präsident Ruprecht Polenz und Vizepräsident und Geschäftsführendem Vorstandsmitglied Jan Kusber, die beide nicht an der Versammlung teilnehmen konnten. Anja Tippner stellte fest, dass die Einladung zur Mitgliederversammlung fristgemäß an die Mitglieder versandt wurde und fragte, ob es Änderungswünsche gibt. Dies war nicht der Fall.

Anja Tippner bat um ein kurzes Gedenken an die verstorbenen Mitglieder der Gesellschaft:

Prof. Dr. Manfred Kerner, verstorben am 6. Januar 2019

Roland Bude, verstorben am 17. April 2019

Dr. Götz Hillig, verstorben am 6. Juni 2019

Erhard Jakob, verstorben am 19. Juni 2019

Dr. Eszter Gantner, verstorben am 15. August 2019

Prof. Dr. Gert Leptin, verstorben am 17. August 2019.

Im Anschluss daran bat Anja Tippner um Verabschiedung des Protokolls der letzten Mitgliederversammlung, das im Rundbrief 1/2019 der DGO veröffentlicht wurde. Es gab keine Änderungswünsche seitens der Mitglieder.

2. Tätigkeits- und Finanzbericht für das Jahr 2019

Gabriele Freitag berichtete über die Veranstaltungen der Geschäftsstelle und der Zweigstellen sowie über weitere Aktivitäten der DGO im vergangenen Jahr. Dazu zählten unter anderem die Vorbereitung und Konstituierung der Belarusisch-Deutschen Geschichtskommission gemeinsam mit der Nationalen Akademie der Wissenschaften Belarus sowie das Engagement der DGO im Rahmen der Deutsch-Russischen Roadmap (s. TOP 10). Die Mitgliederstatistik entwickelte sich im Jahr 2019 sehr positiv. Die DGO nahm 84 neue Mitglieder auf. Dies ist die höchste Zahl an Aufnahmen in den vergangenen 25 Jahren. Zum 31.12.2019 verzeichnete die DGO 865 Mitglieder, ebenfalls der höchste Bestand an Mitgliedern in den vergangenen 25 Jahren.

Rebekka Pflug und Vera Rogova berichteten über die Aktivitäten der Jungen DGO. Die Junge DGO entwickelte im Jahr 2019 eine eigene webbasierten Vortragsreihe. Zur Berufsorientierung bot die Junge DGO neben der bereits etablierten Veranstaltung „Zukunft Osteuropa“ im Jahr 2019 erstmals ein Mentoringprogramm an, an dem sich jeweils mehr als 30 Mentees und MentorInnen beteiligten. Darüber hinaus entwickelten Mitglieder der Jungen DGO eine digitale Plattform für die interne Kommunikation in der DGO (s. TOP 9).



Gabriele Freitag, Anja Tippner

Manfred Sapper berichtete über die Publikationen der Zeitschrift OSTEUROPA. Er verwies darauf, dass die Zeitschrift Probleme habe, neue Abonnenten zu gewinnen. Dies sei vor allem auf die Digitalisierung zurückzuführen, die der OSTEUROPA eine größere Reichweite beschere, gleichzeitig aber den Erlös schmälere. Bei der Gewinnung von Autorinnen und Autoren zeige sich, dass die von Förderinstitutionen wie der DFG immer wieder geforderte komparative Arbeitsweise in der Praxis nicht eingelöst werde.

Gabriele Freitag stellte die Themenschwerpunkte der Zeitschrift OSTEUROPA-Recht im Jahr 2019 vor. Dazu zählten das Thema „Staat und Medien“, der Rechtsvergleich unterschiedlicher Regierungssysteme im östlichen Europa sowie Länderstudien zur Rechtsentwicklung in den so genannten de-facto Regimen.

In Vertretung des Geschäftsführenden Vorstandsmitglieds Jan Kusber trug Gabriele Freitag den Finanzbericht für das vergangene Jahr vor. Erfreulicherweise konnte die DGO im Jahr 2019 neben der Zuwendung des Auswärtigen Amtes, den Erlösen aus dem Verkauf der Zeitschrift OSTEUROPA und den Mitgliedsbeiträgen Drittmittel in Höhe von etwa 110.000 EUR einwerben.

3. Bericht der von der Mitgliederversammlung bestellten Rechnungsprüfer für das Haushaltsjahr 2019

Grundlage des Berichts war die Rechnungsprüfung durch Christian Meier und Manuela Troschke am 26. Februar 2020 in der Geschäftsstelle der DGO.

Manuela Troschke trug den Bericht der Rechnungsprüfer vor und stellte fest, dass die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel in Übereinstimmung mit dem Zweck der Gesellschaft sowie eine sachgerechte Verbuchung und transparente Dokumentation der Ein- und Ausgaben erfolgt seien. Die Rechnungsprüfer hoben den hohen Anteil an eingeworbenen Mitteln im Jahr 2019 hervor, verwiesen aber darauf, dass dieser Betrag nicht automatisch für die Folgejahre zu erwarten sei. Sie vermerkten positiv, dass die Verwaltungsausgaben der DGO im Jahr 2019 unter 10% des verausgabten Budgets lagen und die Personalmittel in einem hohen Maß in die Programmarbeit einfließen. Die Rechnungsprüfer schlugen die Entlastung des Vorstands vor.

4. Aussprache über den Tätigkeits- und Finanzbericht

Anja Tippner forderte die Mitglieder zur Aussprache über den Tätigkeits- und Finanzbericht auf.

Es gab keine Fragen oder Kommentare.

5. Entlastung des Vorstands

Mit Bezug auf den Vorschlag der Rechnungsprüfer beantragte Heike Dörrenbächer die Entlastung des Vorstands. Die Entlastung des Vorstands wurde bei Enthaltung des Vorstands einstimmig beschlossen.

6. Bestellung der Rechnungsprüfer für das Haushaltsjahr 2020

Anja Tippner teilte mit, dass Christian Meier und Manuela Troschke bereit seien, auch für das Jahr 2020 die Rechnungsprüfung zu übernehmen.

Die Mitglieder wählten Christian Meier und Manuela Troschke bei Enthaltung der Rechnungsprüferin einstimmig zu den Rechnungsprüfern für das Haushaltsjahr 2020.



Ludwig Steindorff



Manuela Troschke

7. Fachtagungen 2019

Im Jahr 2019 veranstaltete die DGO die folgenden drei Fachtagungen: Die Fachtagung Religion zum Thema „Kirchen und Identität in Mittel- und Osteuropa“ fand am 21. und 22. Juni am Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien in Berlin statt. Die Fachtagung Politik und Sozialwissenschaften zum Thema „Wir und die anderen. Politische Gemeinschaftsideen in Ostmittel- und Osteuropa“ fand vom 11. bis 13. September am Wissenschaftsforum in Bonn statt. Die Fachtagung Geschichte zum Thema „Towards a Transnational History of Right-Wing Terrorism. New Perspectives on Political Violence and Assassinations by the Far Right in Eastern and Western Europe since 1900“ fand vom 21. bis 23. November an der Universität Erlangen statt. Die Berichte der Tagungen sind auf der Website der DGO veröffentlicht und in den Rundbriefen 1 und 2/2019 abgedruckt.

Gabriele Freitag berichtete darüber, dass die Fachtagung Geschichte zum Thema Rechtsterrorismus von Bedrohungen aus dem mutmaßlich rechtsextremen Milieu überschattet war. Die Kriminalpolizei Erlangen ermittelt in diesem Zusammenhang. Da es auch am Fachbereich Geschichte an der Universität Mainz in jüngster Zeit rechtsextreme Vorfälle gab, erwägt der Vorstand eine Umfrage innerhalb der DGO, um festzustellen, ob Mitglieder an ande-

ren Universitäten oder im außeruniversitären Bereich ebenfalls von rechten Bedrohungen betroffen sind.

Abschließend berichtete Gabriele Freitag über die Überlegungen des Vorstands, das wissenschaftliche Netzwerk der DGO zu stärken. Im Gegensatz zu den wissenschaftlichen Jahrestagungen anderer Wissenschaftsvereinigungen wie der britischen BASEES und der US-amerikanischen ASEES erfüllt die Jahrestagung der DGO eher die Funktion als Scharnier zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit. Deshalb entstand die Idee, die Fachtagungen künftig im Zweijahresrhythmus gemeinsam an einem Standort zur gleichen Zeit zu organisieren. Die Fachgruppen könnten wie bisher ihre Themen individuell wählen, darüber hinaus könnte es Plenumsveranstaltungen für alle Teilnehmenden geben. Ziel wäre es, dadurch möglichst viele Wissenschaftlerinnen, die in Deutschland zu Osteuropa arbeiten, im Zweijahresrhythmus zusammenzubringen. Der Vorschlag wird derzeit in den Fachgruppen diskutiert.

8. Jahrestagung 2021

Gabriele Freitag berichtete von den Überlegungen des Vorstands „Die neue Seidenstraße und das östliche Europa“ zum Thema der nächsten Jahrestagung zu machen. Dabei soll es um die Erwartungen an das Projekt in den unterschiedlichen Regionen des östlichen Euro-



Mirko Kruppa



Sandra Dahlke

pa, um die bisherige Umsetzung und die Auswirkungen auf Wirtschaft, Kommunikationsströme, Migration, Normen- und Kulturtransfer sowie um historische Vorläufer der heutigen Seidenstraße gehen. Die Konferenz wird wahrscheinlich im März 2021 in Berlin stattfinden.

9. Interne Online-Plattform

Anja Tippner berichtete darüber, dass die DGO derzeit ihre Kommunikationskanäle und -instrumente für die interne und externe Kommunikation überarbeitet. Neue Medien, die eine interaktive Kommunikation ermöglichen, sollen künftig stärker genutzt werden. Seitens der Mitglieder gibt es außerdem schon länger den Wunsch nach einer internen Vernetzung. Die Junge DGO hat daher eine digitale Plattform entwickelt.

Saskia Geisler stellte die DGO-Plattform vor. Die Plattform ermöglicht den Mitgliedern einen Überblick über die (auf der Plattform registrierten) Mitglieder, einen internen inhaltlichen Austausch sowie die Bekanntmachung von Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Ausschreibungen über die unmittelbaren Aktivitäten der DGO hinaus. Zu den Grundfunktionen der Plattform zählen die: Erstellung eines persönlichen Profils, die Kommunikationsmöglichkeit in offenen und geschlossenen Gruppen sowie die gemeinsame Bearbeitung von Dokumenten. Die Plattform soll noch im März freigeschaltet werden. Eine Aus-

weitung der Funktionen ist grundsätzlich möglich und hängt davon ab, wie intensiv die Plattform genutzt wird.

10. Wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Russland

Anja Tippner erinnerte daran, dass bei der letzten Mitgliederversammlung in Berlin Staatssekretär Georg Schütte aus dem BMBF die Deutsch-Russische Roadmap zur Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung vorgestellt hatte. Die enge wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland gehört zu den Kerninteressen der DGO. Die Sprecherinnen und Sprecher der DGO-Fachgruppen formulierten im letzten Sommer Empfehlungen für die Einbeziehung der Geistes- und Sozialwissenschaften in die Roadmap. Umso größer war die Irritation, als im vergangenen August ein Erlass des russischen Wissenschaftsministeriums bekannt wurde, der die Kontakte mit ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern stark reglementieren sollte.

Gabriele Freitag berichtete, dass die DGO einen offenen Protestbrief an den russischen Wissenschaftsminister initiierte, der von anderen Wissenschaftsverbänden mit unterzeichnet wurde. Dieser Brief wurde auch an die Presse sowie an das AA, das BMBF, das Kanzleramt und die deutsche Botschaft in Moskau



Sebastian Lentz (l.), Ulrich Bathmann (r.)



Birgit Menzel

weitergeleitet und sowohl in deutschen als auch in russischen Print- und Onlinemedien rezipiert. Aufgrund zahlreicher Proteste aus dem In- und Ausland wurde der Erlass am 10. Februar 2020 vom neuen russischen Wissenschaftsminister Walerij Falkow aufgehoben.

Sandra Dahlke, Direktorin des Deutschen Historischen Instituts (DHI) in Moskau, erläuterte die Möglichkeiten und Grenzen deutsch-russischer Kooperationen am Beispiel des DHI. Geschichtspolitische Debatten haben sich, so Dahlke, nach der Annexion der Krim 2014, aber auch nach der Entschließung des Europäischen Parlaments vom September 2019 über die „Bedeutung der Erinnerung an die europäische Vergangenheit für die Zukunft Europas“ deutlich verschärft. Interessanterweise steige die Kooperationsbereitschaft russischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler exponentiell zu den wachsenden Spannungen. Problematisch für das DHI seien vor allem formale Barrieren wie die Schwierigkeit, Forschungsvisa für GastwissenschaftlerInnen zu erhalten, während der Zugang zu den Archiven in Russland relativ gut sei.

In der anschließenden Diskussion kam das mangelnde Bewusstsein in der deutschen Öffentlichkeit über das Ausmaß der Kriegsverbrechen im östlichen Europa sowie die geringe Thematisierung Osteuropas in deutschen Geschichtsbüchern zur Sprache. Im Hinblick auf die Erteilung von Forschungsvisa wurde die Erwartung an Russland ebenso wie Deutschland geäußert, bürokratische Hürden für die Erteilung von Forschungsvisa abzubauen.

Abschließend berichtete Thomas Bohn als Sprecher von deutscher Seite über die neu gegründete Belarusisch-Deutsche Geschichtskommission. Schon die ersten Diskussionen über die Freiheit von Wissenschaft und Lehre oder ein unterschiedliches Verständnis vom Konzept des Historismus zeigten deutlich, dass es grundlegenden Diskussions- und Verständigungsbedarf gibt. Die Geschichtskommission strebe sowohl den Dialog mit formalen Forschungsinstitutionen als auch informellen Akteuren auf beiden Seiten an.

11. Verleihung des Klaus-Mehnert-Preises

Im Anschluss fand die Verleihung des Klaus-Mehnert-Preises statt. Insgesamt wurden elf Arbeiten aus sieben Disziplinen eingereicht. Die Arbeiten wurden im Vorstand gesichtet. Der Vorstand entschied, den diesjährigen Förderpreis der DGO an die Sprachwissenschaftlerin Alina Jašina-Schäfer zu vergeben. Der Titel ihrer Dissertation lautet: „Places of Belonging, Places of Becoming: Narratives and Practices of Russian speakers in post-Soviet Estonia and Kazakhstan“. Anja Tippner hielt die Laudatio und dankte anschließend der Klaus-Mehnert-Gedächtnis-Stiftung, die den Preis in diesem Jahr zum sechsten Mal in Folge stiftete.

12. Verschiedenes

Es wurden keine weiteren Punkte behandelt.



Arild Moe, Liliane Van Hoof

Klaus-Mehnert-Preis



Die Sozial- und Kulturanthropologin Alina Jašina-Schäfer wurde für Ihre Dissertation [Places of Belonging, Places of Becoming: Narratives and Practices of Russian speakers in post-Soviet Estonia and Kazakhstan](#) mit dem Klaus-Mehnert-Preis ausgezeichnet.

Die Dissertation wurde von Prof. Dr. Monika Wingender betreut und erscheint Ende 2020 als Buch mit dem Titel *„Everyday Belonging in the Post-Soviet Borderlands: Russian speakers in Estonia and Kazakhstan“* beim Verlag Lexington Books (Lanham, Boulder, New York & London).

Zusammenfassung von Alina Jašina-Schäfer

Wie definieren sprachlich-kulturelle Minderheiten eigene Zugehörigkeiten in Zeiten zunehmender transnationaler Mobilität und soziokultureller Vielfalt? Wie identifizieren sie sich mit ihrem Wohnort und wie reagieren sie auf mögliche politische und soziokulturelle Ausgrenzungen? Welche Auswirkungen haben diese Prozesse auf Gesellschaften, in denen sie leben? Die vorliegende Dissertation widmet sich diesen Fragen am Beispiel der politisch marginalisierten russischsprachigen Minderheiten in den Grenzstädten Estlands und Kasachstans. Das Forschungsprojekt verfolgt einen interdisziplinären Ansatz und rekonstruiert die Zugehörigkeit als einen räumlichen Prozess, der sich innerhalb spezifischer historischer, sozio-politischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen abspielt. Auf der Grundlage einer umfassenden ethnographischen Untersuchung analysiert die Dissertation die komplexe dialektische Beziehung zwischen „Inklusion“ und „Exklusion“ sowie deren unterschiedliche Bedeutungen für die russischsprachige Bevölkerung. Diese dialektische Beziehung äußert sich in einer kontinuierlichen Spirale von Grenzkonstruktionen, Aneignung und Überschreitung verschiedener Versionen von Estnizität/Kazachheit, Europäizität/Kosmopolitizität und Russischsein.

Auszug aus der Laudatio auf die Preisträgerin



Anja Tippner, Alina Jašina-Schäfer

Alina Jašina-Schäfers Studie geht der Frage nach, wie sich russische communities in den Grenzgebieten Estlands und Kazachstans zu Russland, genauer gesagt in den Städten Narva und Petropavlovsk, kulturell und identitär verorten. Sie setzt sich damit auseinander, wie und wodurch unter RussischsprecherInnen in beiden Ländern Gefühle von Zugehörigkeit und Heimat entstehen und wie sie die Verbindung zur russischen Kultur aufrechterhalten. Sie nimmt damit ein Phänomen in den Blick, das seit dem Zerfall der Sowjetunion gesellschaftlich und kulturell von höchster Bedeutung ist, wie sich zuletzt im Kontext des Ukraine Konflikts und der Annexion der Krim gezeigt hat, das aber auch in der EU insbesondere in den baltischen Staaten Estland und Lettland Brisanz entfaltet. Sie untersucht deshalb auch die russische Einflussnahme auf die russischsprachigen Gemeinschaften außerhalb Russlands, die sie als weiteren Faktor der komplexen identitären Praktiken ansieht.

Alina Jašina-Schäfer wendet sich der Frage der Identitätsbildung der russischsprachigen Bevölkerung allerdings nicht aus politikwissenschaftlicher Perspektive zu, sondern aus soziolinguistischer und ethnologischer Perspektive. Ausgehend von den Alltagspraktiken einzelner RussischsprecherInnen, die sie bei Aufhalten in Narva und Petropavlovsk erhoben hat, kommt sie zu einer dichten Beschreibung des Lebensgefühls, der politischen Haltung und der sprachlichen Selbstbeschreibung in den Grenzgebieten. Sie kann so eindrücklich zeigen, wie Sprachpolitik de iure und Sprachwirklichkeit sich zueinander verhalten, wie eines der Gutachten zu ihrer Dissertation hervorhebt.

Thematisch und methodisch betritt Alina Jašina-Schäfer mit ihrer Arbeit Neuland. Souverän und überzeugend verbindet sie Ansätze der Soziolinguistik, der Ethnologie, der Raumsoziologie und der oral history miteinander, um Einstellungen und Haltungen herauszuarbeiten, die über herkömmlich empirische Zugänge nur schwer zu beschreiben sind. Wie der Namensgeber des heute verliehenen Preises, Klaus Mehnert, interessiert sie sich für „Mentalitäten“ und stützt sich für ihre Überlegungen auch auf die eigene Anschauung. Der vergleichende Zugang macht über die gut gewählten Beispiele deutlich, wie groß die Unterschiede im Selbstverständnis, in der Verbindung zu Russland und der Interaktion mit der nicht-russischsprachigen Umgebung in Estland und in Kasachstan sind. [...]

Gerade die Überlegungen zur Bedeutung von Raum und Sprache als identitätsstiftenden Faktoren sind trotz der Spezifik der Beispiele aufgrund der großen theoretischen Informiertheit auch für andere Disziplinen wie Geschichtswissenschaft, Soziologie und Kulturwissenschaften anschlussfähig und greifen über die Linguistik in aktuelle Debatten aus. Genügend Gründe also, Alina Jašina-Schäfer für ihre Dissertation den Klaus-Mehnert-Preis zu verleihen. Wir gratulieren dazu herzlich!

Anja Tippner, Hamburg

Personalien

Neuaufnahmen

Baake, Lukas / Berlin
Baumann, Mario / Woluwe-Saint-Lambert (BEL)
Belanovich-Petz, Alesja / Berlin
Berghane, Martin / Gelsenkirchen
Brosch, Valerie / Berlin
Bryl, Jean-Marie / Berlin
Cuppuleri, Adriana / Trient / Berlin
Dretel, Cynthia / Villingen-Schwenningen
Fendel, Moses / Berlin
Fernkorn, Lars Göran / Hamburg
Fischer, Reinhard / Berlin
Fixl, Maximilian / Augsburg
Gieseemann, Sina / Berlin
Gloe, Katharina / Berlin
Graef, Dr. Alexander / Hamburg
Heilmann, Dr. iur. Daniel / Bad Homburg
Heimsoeth, Dr. Hans-Jürgen / Berlin
Hiebl, Johanna Sophie / Frankfurt (Oder)
Jäckel, Laura / Freiburg
Jaros, Sven / Leipzig
Jašina-Schäfer, Dr. Alina / Ludwigshafen
Keyn, Emely / Marburg
Kirikova, Amalia / Hamburg
Komarynets, Yuliya / Leipzig
Korhummel, Adrian Bonifatius / Schluchsee
Kühlert, Laura Maria / Bielefeld
Müller, Almuth / Berlin
Niemuth, Bendix / Leipzig
Ohlendorf, Aurelia / Leipzig
Pagung, Sarah / Berlin
Schardey, Fanny / Heidelberg
Schmidt, Hans-Jochen / Berlin
Schönfelder, Timm / Weil der Stadt
Schwarz, Marie Bettine / Berlin
Storm, Lotta / Frankfurt (Oder)
Trecker, Dr. phil. Max / Leipzig
Tremaria, Stiven / Münster
Wortmann, Lukas / Leipzig



Corinna Kuhr-Korolev, Heike Dörrenbächer

Veröffentlichungen

Baller, Oesten (Hg.): *Violent Conflicts, Crisis, State of Emergency, Peacebuilding. Constitutional Problems, Amendments and Interpretation. Recht, Sicherheit und Verwaltung in internationaler Perspektive* Bd. 6, Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2019.

Beger, Kathleen: *Erziehung und „Unerziehung“ in der Sowjetunion. Das Pionierlager Artek und die Archangelsker Arbeitskolonie im Vergleich.* V&R, Göttingen 2020.

Bingen, Dieter / **Lengemann**, Simon (Hrsg.): *Deutsche Besatzungspolitik in Polen 1939–1945. Eine Leerstelle deutscher Erinnerung?* Schriftenreihe bpb, Band 10398, Bonn 2019.

Böhler, Jochen / **Borodziej**, Włodzimierz / **von Puttkamer**, Joachim (Hg.): *Dimensionen der Gewalt. Ostmitteleuropa zwischen Weltkrieg und Bürgerkrieg 1918–1921. Zeitgeschichte im Gespräch* Bd. 30. Metropol-Verlag, Berlin 2020.

Bönker, Kirsten: *Television and Political Communication in the Late Soviet Union.* Rowman & Littlefield/Lexington Books, Lanham, MD 2020.

Borodziej, Włodzimierz / **Holubec**, Stanislav / **von Puttkamer**, Joachim (Hg.): *The Routledge History Handbook of Central and Eastern Europe in the Twentieth Century. Volume I: Challenges of Modernity.* Routledge, London & New York 2020.

Borodziej, Włodzimierz / **Ferhadbegović**, Sabina / **von Puttkamer**, Joachim (Hg.): *The Routledge History Handbook of Central and Eastern Europe in the Twentieth Century. Volume II: Statehood.* Routledge, London & New York 2020.

Borodziej, Włodzimierz / **von Puttkamer**, Joachim: *Immigrants and foreigners in Central and Eastern Europe during the twentieth century.* Routledge Studies in Modern European History. Routledge, London & New York 2020.

Bulgakov, Sergij: *The Apocalypse of John. An Essay in Dogmatic Interpretation.* Edited and introduced by Barbara Hallensleben and Regula M. Zwahlen (= Epiphania 12). Aschendorff Verlag, Münster 2019.

Cheauré, Elisabeth: *Das „russische“ Freiburg. Menschen – Orte – Spuren.* Mit Gastbeiträgen von Marie-Luise Bott, Heiko Haumann, Peter Kalchthaler, Karin van Mourik und Natalia Barannikova. Rombach, Freiburg 2020.

Cheauré, Elisabeth / **Vlaški**, Mladen / **Koneva**, Rumjana: *Bälgarija i evropejskoto kulturno nasledstvo.* Sofija 2019.

Cheauré, Elisabeth / **Bakši**, Natalija / **Žerebin**, Aleksej / **Pörzgen**, Yvonne: *Transfer – Kultur – Akteur. Sbornik statej k 60–letiju Dirka Kempera,* Moskau 2019.

Collmer, Peter / **Emeliantseva Koller**, Ekaterina / **Perović**, Jeronim (Hg.): *Zerfall und Neuordnung. Die „Wende“ in Osteuropa 1989/91. Osteuropa in Geschichte und Gegenwart* Bd. 6. Böhlau, Köln et al. 2019.

Darieva, Tsypylma / **Neugebauer**, Carola S. (Hg.): *Urban Activism in Eastern Europe and Eurasia. Strategies and Practices.* Dom Publishers, Berlin 2020.

Drobinski, Matthias / **Urban**, Thomas: *Johannes Paul II. Der Papst, der aus dem Osten kam. Eine Biographie.* C. H. Beck, München 2020.

Dubasevych, Roman / **Schwartz**, Matthias (Hg.): *Sirenen des Krieges. Diskursive und affektive Dimensionen des Ukraine-Konflikts.* LiteraturForschung Bd. 38. Kulturverlag Kadmos, Berlin 2020.

Engel, Christine / **Pohlan**, Irina / **Walter**, Stephan (Hg.): *Russland übersetzen / Russia in Translation / Rossija v perevode.* Festschrift für Birgit Menzel. Ost-West-Express. Kultur und Übersetzung Bd. 39. Frank & Timme, Berlin 2020.

Fischer von Weikersthal, Felicitas / **Penter**, Tanja / **Redepenning**, Dorothea (Hg.): [Oktoberrevolution 1917. Ereignis, Rezeption, künstlerische Deutung](#). Winter Verlag, Heidelberg 2020.

Glorius, Birgit / **Lazova**, Yuliana: [Back to Bulgaria: Rückwanderungsentscheidungen bulgarischer Graduiertler nach dem Auslandsstudium](#). Chemnitzer Beiträge zur Humangeographie online, Chemnitz 2019.

Göbler, Frank: [Don Juan in der russischen Literatur. Arbeiten und Texte zur Slavistik](#) Bd. 105. Frank & Timme, Berlin 2020.

Hein-Kircher, Heidi: [Lembergs ‚polnischen Charakter‘ sichern. Kommunalpolitik in einer multiethnischen Stadt der Habsburgermonarchie zwischen 1861/62 und 1914](#). Steiner Verlag, Stuttgart 2020.

Kemper, Dirk / **Bakshi**, Natalia / **Cheauré**, Elisabeth / **Zajas**, Paweł (Hg.): [Literatur und Auswärtige Kulturpolitik](#). Wilhelm Fink, Paderborn 2020.

Kuße, Holger: [Aggression und Argumentation. Mit Beispielen aus dem russisch-ukrainischen Konflikt. Slavistische Beiträge 511](#). Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 2019.

Lassen, Tim: [Bankovskie ipotechnye cennye bumagi \(Covered bonds\) v Rossii i zarubezhom](#). Statut, Moskau 2019.

Lukas, Reinald: [Geschichte der Sozialberatung für jüdische ZuwandererInnen aus der ehemaligen UdSSR durch jüdische Gemeinden/ZWST und das Diakonische Werk in Nordrhein-Westfalen. Dargestellt am Beispiel von narrativen Interviews mit SozialberaterInnen und ihren KlientInnen](#). Kirche im Revier, Sonderband, Bochum 2019.

Metan, Saskia / **Kuße**, Holger (Hg.): [Themenheft: Kulturkontakte und Identitäten im frühneuzeitlichen Ostmitteleuropa](#). Zeitschrift für Slawistik 65/4, 2019.

Meyer, Fritjof: [Die Mücke im Fell des Bären](#). Olzog/Lau Verlag, Reinbek 2020.

Rolf, Malte: [Pol'skie zemli pod vlast'ju Peterburga. Ot Venskogo kongressa do Pervoj mirovoj vojny](#). Novoe literaturnoe obozrenie, Moskau 2020.

Schmid, Ulrich / **Myshlovska**, Oksana (Hg.): [Regionalism without Regions. Reconceptualizing Ukraine's Heterogeneity](#). Central European University Press, Baltimore, MD 2019.

Schmid, Ulrich: [Ukraine – Contested Nationhood in a European Context](#). Routledge, London 2020.

Siebert, Diana: [Herrschaftstechniken im Sumpf und ihre Reichweiten. Landschaftsinterventionen und Social Engineering in Polesien von 1914 bis 1941](#). Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 2019.

Steindorff, Ludwig: [Geschichte Kroatiens. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart](#). Verlag Friedrich Pustet, Regensburg 2020.

Stoeckl, Kristina / **Uzlaner**, Dmitry (Hg.): [Postsecular Conflicts. Debating tradition in Russia and the United States](#). Innsbruck University Press, Innsbruck 2020.

Zabirko, Oleksandr / **Mischke**, Jakob: [Protestbewegungen im langen Schatten des Kreml. Aufbruch und Resignation in Russland und der Ukraine](#). ibidem-Verlag, Stuttgart 2020.

Die DGO-Plattform – eine neue Vernetzungsmöglichkeit

Bericht: AG Kommunikation

Angesichts der erschwerten Kontakt- und Kommunikationsbedingungen während der Corona-Pandemie kam die DGO-Plattform in diesem Frühjahr wie gerufen. Sowohl eine allgemeine Mitgliederbefragung als auch die Arbeit der Jungen DGO hatten zuvor deutlich gemacht, dass mehr Vernetzungsmöglichkeiten für DGO-Mitglieder untereinander gewünscht sind. Darum gab der Vorstand der AG Kommunikation der Jungen DGO 2019 grünes Licht, gemeinsam mit der Geschäftsstelle und dem IT-Experten der DGO, Jan Philipp Fiedler, eine gemeinsame Plattform als neue Kommunikationsmöglichkeit zu entwickeln.

Nach intensiven Recherchen basiert diese nun auf der Open Source Software HumHub und stellt verschiedene Tools zur Verfügung. Es können Termine über die Kalenderfunktion geteilt, in separaten Gruppen über Inhalte diskutiert, feste Linksammlungen (zum Beispiel zu Recherchedatenbanken zu Osteu-

ropa) aufgebaut, persönliche Profile mit Hinweis auf Publikationen erstellt und Dokumente gemeinsam bearbeitet werden. Durch individuelle Einstellungen ist es zudem möglich, selbst zu entscheiden, wie oft Benachrichtigungen ins Mailpostfach kommen, um über Neuigkeiten auf der Plattform informiert zu werden. Für einen erleichterten Einstieg in weitere Funktionen der Plattform hat die AG Kommunikation ein Handbuch erstellt (zu finden auf der Startseite).

Aktuell sind bereits mehr als 150 Mitglieder auf der Plattform registriert. Die Plattform hilft dabei, die zahlreichen Aktivitäten der DGO und ihrer einzelnen Mitglieder intern transparenter zu machen und Wissen zu Osteuropa und Osteuropa-Netzwerken zu bündeln und weiterzuvermitteln. Wenn Sie noch nicht auf der Plattform aktiv sind, nutzen Sie die Chance, das Netzwerk der DGO besser kennenzulernen!

The screenshot shows the DGO-Plattform website interface. At the top, there's a navigation bar with 'ÜBERSICHT', 'KALENDER', 'NACHRICHTEN', and 'VERZEICHNIS'. The main content area features a group profile for 'Allgemein' (140 Beiträge, 160 Mitglieder, 0 Follower) with an 'Einladen' button. Below this is a 'Gruppen-Menu' with options like 'Aktuelle', 'Kalender', 'Daten', and 'Linkliste'. The main post area shows a welcome message and a post by Saskia Geisler titled 'Willkommen auf der DGO-Plattform!' with a link to a handbook. On the right, there are sections for 'Anstehende Termine' (listing events like 'Marianne trifft Marie' and 'DGO-Online-Kolloquium') and 'Letzte Aktivitäten' (listing recent posts by Saskia Geisler).

SprecherInnen der Jungen DGO

Die Mitglieder der Jungen DGO wählten bei ihrer Jahresversammlung in Hamburg am 5. März 2020 Josephine Doll und Alexander Mishnev zu ihrer neuen Sprecherin und ihrem neuen Sprecher.



© privat

Josephine Doll ist seit 2017 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Osteuropäisches Recht in Kiel und promoviert an der Universität Kiel zu einem Thema aus dem Russischen Recht. Seit ihrem Auslandsjahr 2007/2008 am Schwarzen Meer in Russland ist sie dem gesamten osteuropäischen Raum sehr zugewandt war und ist in verschiedenen Projekten zu osteuropäischen Themen aktiv.



© privat

Alexander Mishnev arbeitet seit 2018 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Center for Governance and Culture in Europe (GCE) an der Universität St. Gallen, wo er zur Außenpolitik Russlands forscht. Er hat großes Interesse an Osteuropa, nicht nur weil er aus Russland kommt, sondern weil das östliche Europa eine Region mit viel Potenzial ist.



Vera Rogova (l.) und **Rebekka Pflug** (r.) haben sich als erste Sprecherinnen der Jungen DGO zum 5. März 2020 verabschiedet.

© Claudia Höhne

Digitale Veranstaltungsformate der Jungen DGO

Bericht: AG Veranstaltungen

Die AG Veranstaltungen der Jungen DGO hat in den letzten anderthalb Jahren drei neue Veranstaltungsformate entwickelt:

Die Online-Vortragsreihe **1h #jungedgo on Web** ermöglicht den Mitgliedern der Jungen DGO mit ExpertInnen ins Gespräch zu kommen. Damit alle unabhängig vom Wohnort teilnehmen können, wurde die Reihe als Online-Format konzipiert. Sie ist so gestaltet, dass die ReferentInnen zunächst einen 20-minütigen Vortrag über ein spezielles Thema halten. Im Anschluss soll allen Teilnehmenden die Möglichkeit zu Nachfragen und zur Diskussion gegeben werden.

Unter dem Titel **#nachgehakt** ruft die Junge DGO kleine Diskussionsrunden online ins Leben, in denen aktuelle Fragestellungen insbesondere in Bezug auf Wahlen in Ost- und Mitteleuropa in den Fokus gerückt werden. Die einstündigen Online-Seminare richten sich an Mitglieder der Jungen DGO als ReferentInnen und TeilnehmerInnen. So referieren beispielsweise Personen, die ihre Abschlussarbeit oder Promotion zu einem bestimmten Land oder Thema schreiben und sich im Zuge dessen mit den aktuellen politischen Entwicklungen beschäftigen. Damit möchte **#nachgehakt** Wissen aus der Jungen DGO für die Junge DGO generieren. Eine Veranstaltung setzt sich aus einem ca. 20-minütigen Impulsvortrag mit anschließenden Fragen und einer Diskussion mit den Teilnehmenden zusammen.

Die ersten Online-Seminare haben am 30. Juni und am 8. Juli 2020 stattgefunden. Die erste Veranstaltung widmete sich den Präsidentschaftswahlen in Polen. Carolin Heilig, Promovendin an der School of Slavonic and East European Studies am University College London, und Johannes Kleinmann, Promovend an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), erläuterten Hintergründe der ersten Wahlrunde in Polen und gingen auf die aktuelle politische Situation im Nachbarland Deutschlands ein. Im Rahmen der zweiten Veranstaltung analysierte Fabian Burkhardt, wissenschaftlicher Mitarbeiter am IOS Regensburg, die Verfassungsreform in der Russischen Föderation.

Mit den beiden Online-Seminaren ist die Reihe **#nachgehakt** erfolgreich gestartet. Die Seminare leben von den fundierten Impulsen der ReferentInnen und der aktiven Beteiligung der Teilnehmenden.

Aus dem Bestreben heraus, während der Corona-Beschränkungen wissenschaftlichen Austausch zu fördern, ist ein weiteres neues Format entstanden, das **DGO Online-Kolloquium**. Es soll insbesondere jungen WissenschaftlerInnen die Möglichkeit bieten, ihre Forschungen mit einem interdisziplinären Publikum zu diskutieren und in konstruktiver Atmosphäre Anregungen für die weitere Arbeit zu erhalten. Das Kolloquium, in dem vor allem Arbeiten von Mitgliedern der Jungen DGO vorgestellt werden, findet jeden letzten Mittwoch des Monats um 18 Uhr statt. Alle DGO-Mitglieder sind herzlich eingeladen, sich an der Diskussion zu beteiligen.

DGO-Mentoringprogramm

Bericht: AG Mentoring

Der erste Turnus des 2019 ins Leben gerufenen Mentoringprogramms der DGO hat Anfang Juli seinen offiziellen Abschluss gefunden. Zehn Monate lang standen die 29 Tandems aus Mentees und MentorInnen in regem Austausch - bei persönlichen Treffen, Video- oder Telefongesprächen und per E-Mail. Von den Teilnehmenden kam ein sehr positives Feedback zum Mentoring zurück: Die Gespräche über Themen wie Karriereplanung, Berufseinstieg, wissenschaftliches Arbeiten und Präsentieren zeigten den Mentees Perspektiven auf und gaben den MentorInnen neue Impulse für ihre eigene Arbeit.

Die COVID-19-Pandemie stellte die Tandems vor die Herausforderung, das Mentoring ausschließlich online durchzuführen. Die AG Mentoring organisierte für die Mentees zur Auswertung Online-Treffen per Zoom, bei denen diese in Kleingruppen über ihre berufliche und persönliche Weiterentwicklung sowie den Verlauf des Mentorings reflektierten.

Zeitgleich zum Abschluss des ersten Jahrgangs begann die Ausschreibung für den zweiten Turnus des Mentoringprogramms, welche sowohl auf Seiten der Mentees als auch der MentorInnen sehr viel Resonanz fand. Offiziell beginnen wird der neue Turnus des Mentoringprogramms mit einem Online-Kick-Off-Treffen für die Mentees im Oktober 2020.



Regionalgruppen der Jungen DGO

Nach einer Ausschreibung im Januar 2020 sind fünf selbstverwaltete Regionalgruppen der Jungen DGO an verschiedenen Standorten eingerichtet worden. Hierzu gehören Bamberg/Erlangen, Bremen, Leipzig, München und Berlin/Brandenburg. Die Regional-

gruppen organisieren Veranstaltungen und andere Aktivitäten in eigener Regie oder in Kooperation mit den jeweiligen DGO Zweigstellen. Sie tragen auch dazu bei, die DGO unter jungen Osteuropainteressierten in der jeweiligen Region bekannt zu machen.

Bamberg / Erlangen



© privat

Igor Biberman ist Studierender der Geschichte mit der Fachrichtung der Neuesten Geschichte Osteuropas an der FAU Erlangen-Nürnberg. Seine Schwerpunkte liegen auf der Globalgeschichte, sowie der Kunst-, Kultur und Mediengeschichte der UdSSR. Über die Beschäftigung bei einem Drittmittelprojekt befasst er sich desweiteren mit der sowjetischen Umwelt- und Infrastrukturgeschichte.



© Franz Burger

Magdalena Burger promoviert seit 2020 an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg in Slavistik und ist dort wissenschaftliche Hilfskraft an der Professur für Slavische Kunst- und Kulturgeschichte. Sie beschäftigt sich mit der Kunst- und Kulturgeschichte der Habsburgermonarchie und ihrer ostmitteleuropäischen Nachfolgestaaten im 19. und 20. Jahrhundert.

Berlin / Brandenburg



© Falko Alexander

Sebastian Lambertz ist seit der JOE-Tagung 2015 in der DGO aktiv und befasst sich insbesondere mit der Region Ostmitteleuropa. 2019 hat er in Köln zur Geschichte der Tschechoslowakei promoviert.



© Rasmus Tank

Rebekka Pflug ist seit 2020 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Europäisches und Deutsches Arbeitsrecht an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder), wo sie zur Arbeitssituation von Live-Ins aus Polen in der sogenannten 24-Stunden-Pflege promoviert.

Bremen



© Universität Bremen

Mareike zum Felde ist seit 2019 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und promoviert in Politikwissenschaft zur polnischen Hochschulpolitik seit der politischen und wirtschaftlichen Transformation 1989. Zuvor absolvierte sie den Masterstudiengang Osteuropastudien an der Ludwig-Maximilians-Universität München.



© Fotostudio Winkler

Caroline Finkeldey ist Absolventin des Elitestudiengangs Osteuropastudien an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Sie beschäftigt sich mit Erinnerungskultur, der Ukraine und Bosnien & Herzegowina.

Leipzig



© privat

Anja Jahn ist seit 2017 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Kultur und Imagination“ am Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO). Sie promoviert im Fach Slawistik zu mehrsprachigen Literaturen mit Fokus auf niedersorbisch-deutsche und jiddisch-polnische Text-Beziehungen.



© Sven Jaros

Dr. des. Elisa Satjukow ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Ost- und Südosteuropäische Geschichte der Universität Leipzig. Ihre Forschungsinteressen liegen im Bereich der Alltags-, Transformations- und Geschlechtergeschichte in Ost- und Südosteuropa im 20. und 21. Jahrhundert.

München



© Andrea Huber

Camilla Lopez studiert seit 2018 an der LMU München im Master Osteuropastudien die Fächer Slavistik und Geschichte. Ihr Fokus liegt auf der russischen und tschechischen Literatur- und Kulturwissenschaft und der Sozialgeschichte, insbesondere der Erinnerungskultur in Medien wie Film und Fotografie.



© Rolf Poss

Matthias Melcher ist Student im Master Osteuropastudien (Slavistik und Geschichte) an der LMU München. Er interessiert sich wissenschaftlich für die Themen: Nationalliteratur und Nationalstaatsbildung in Ostmitteleuropa, Faktizität und Narration in der osteuropäischen (Wissenschafts-) Geschichte und Exil (-literatur).

Aktuelles aus der Osteuropaforschung

Personalien

Zum Sommersemester 2020 hat **Susanne Strätling** die Abteilung für Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft mit Schwerpunkt Slavische Literaturen an der Freien Universität Berlin übernommen. Zuvor war sie seit 2018 Professorin für Ostslavische Literaturen und Kulturen an der Universität Potsdam.

Seit 1. April 2020 ist **Svetlana Efimova** als Juniorprofessorin für Slavische Literaturwissenschaft und Medien an der Ludwig-Maximilians-Universität München tätig. Zuvor war sie seit 2018 als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Humboldt-Universität zu Berlin beschäftigt.

Zum 1. April 2020 hat **Stefan Rohdewald** den Lehrstuhl für Ost- und Südosteuropäische Geschichte am Historischen Seminar der Universität Leipzig übernommen. Zuvor war er seit 2013 Professor für Südosteuropäische Geschichte am Historischen Institut der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Zum 1. April 2020 hat **Mirja Lecke** den Lehrstuhl der Slavischen Literatur- und Kulturwissenschaft an der Universität Regensburg übernommen. Zuvor war sie seit 2009 Professorin am Seminar für Slavistik / Lotman-Institut an der Ruhr-Universität Bochum.

Belarusisch-Deutsche Geschichtskommission



Belarusisch-Deutsche Geschichtskommission
Беларуска-германская гістарычная камісія

Vom 30. Januar bis 1. Februar 2020 fand in Berlin die konstituierende Sitzung der Belarusisch-Deutschen Geschichtskommission statt. Die Kommission fördert die gemeinsame Erforschung der belarusischen und der deutschen Geschichte und ihrer transnationalen und wechselseitigen Bezüge. Als Impulsgeberin verfolgt sie das Ziel, universitäre, außeruniversitäre und gesellschaftliche Akteurinnen und Akteure aus Belarus, Deutschland und weiteren Staaten in die Arbeit einzu beziehen. Zu ihren Aktivitäten zählen Fachtagungen, Konferenzen, Sommerschulen und die Vergabe von Stipendien für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Die 16 Mitglieder der Kommission sind Historikerinnen und Historiker aus Belarus und Deutschland. Träger der Kommission sind die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde und die Nationale Akademie der Wissenschaften Belarus. Die Kommission wurde auf Initiative der Präsidenten der Republik Belarus und der Bundesrepublik Deutschland eingerichtet und wird aus Mitteln des Auswärtigen Amtes finanziert. Anlass für diese Initiative war die Eröffnung eines Gedenkortes am ehemaligen nationalsozialistischen Vernichtungslager Maly Traszjanez.



ng der

Februar

GO

Die Gesellschaft
für...

Thomas Bohn

Veranstaltungsberichte

Geraubte Ikonen – zerstörte Kirchen Der Krieg gegen die Sowjetunion und die „Weißen Flecken“ in der deutschen Erinnerung

Bericht: Esther Massier

Foto: Olessia Seminina

Der Krieg gegen die Sowjetunion wurde von deutscher Seite als Ausbeutungs- und Vernichtungskrieg geplant und geführt. Viele Einzelaspekte sind jedoch bis heute wenig bekannt. Das Ausmaß der Kulturzerstörung und der Kulturgutverluste in der Sowjetunion bildet einen dieser „Weißen Flecken“ in der deutschen Erinnerung. Kaum ein Architekturdenkmal überstand die Kriegszeit ohne Schäden. Die Verluste an beweglichen Kulturgütern bezifferte die sowjetische Regierung nach dem Krieg auf über eine Million Gegenstände. Manches kehrte zurück, vieles blieb verschollen. Kommt die Sprache auf Kunstverluste, wird jedoch in Deutschland reflexartig auf die eigenen Kriegsverluste verwiesen.

Ehemalige Beteiligte der Restitutionsverhandlungen diskutierten mit Fachleuten aus der Wissenschaft über die unterschiedlichen Wahrnehmungen der Kriegsgeschichte in Russland und Deutschland und über die Folgen für das gegenseitige Verständnis. Die deutsch-russische Diskussion

fand in der Kapelle der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche statt – selbst ein symbolträchtiger Ort für Raub und Zerstörung während des Zweiten Weltkriegs.

Die Moderatorin des Abends, Christiane HOFFMANN vom Hauptstadtbüro DER SPIEGEL legte in ihrer Einführung ein besonderes Augenmerk auf die

einseitige Erinnerung an den Kunstraub im Zweiten Weltkrieg. Während in deutscher Erinnerung die durch die Rote Armee geraubte „Beutekunst“ gut bekannt sei, spiele die systematische Zerstörung von Kulturgütern in der Sowjetunion durch das nationalsozialistische Deutschland bis heute in der deutschen Erinnerung kaum eine Rolle. Generell sei die Erinnerung an den Krieg in Russland bis heute wesentlich präsenter als in Deutschland.

Wolfgang EICHWEDE, Gründer der Forschungsstelle Osteuropa an der Uni-

versität Bremen, griff in seinen Ausführungen diesen Aspekt auf und betonte die Notwendigkeit, sich von der Konzentration auf die eigenen Verluste zu lösen.

Podiumsdiskussion

18. Februar 2020, Berlin

In Kooperation mit der
Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-
Kirche und dem Deutsch-
Russischen Forum



Martin Hoffmann

Dabei dürfe nicht vergessen werden, dass die Folgen des NS-Kunstraubs nicht nur in Russland, sondern auch in anderen Staaten wie Belarus und der Ukraine bis heute schmerzhaft spürbar seien. Auf deutscher Seite habe es nach der Wiedervereinigung keine Sensibilität für die eigene Verantwortung gegeben. Wichtig sei es aber vor allem, auf die Gegenseitigkeit des Raubs und auf die Zerstörung von Kunst als kriegspolitisches Instrument aufmerksam zu machen. Kunstgüter sollten heute nicht als Kriegsbeute, sondern als Botschafter der Versöhnung gesehen werden.

Die Systematik der Zerstörung russischer Kultur durch die NS-Ideologie betonte Michail SCHWYDKOI, ehemaliger Kulturminister und heutiger Sonderbeauftragter des Präsidenten der Russischen Föderation für internationale kulturelle Zusammenarbeit. Ziel der NS-Ideologie sei es gewesen, den slawischen Völkern ihre nationale Identität und ihr historisches Gedächtnis zu rauben. Im Gegensatz dazu ließen sich die Raubzüge der Roten Armee als Reparationszahlungen betrachten. Die Vernichtung der Völker der UdSSR sei nicht nur physischer Natur gewesen, sondern habe auf die Ausrottung jeglicher Vorstellung vom Leben in der Sowjetunion abgezielt. Ende der 90er Jahre habe er, so Schwydkoj, auf ein Europa von Lissabon bis Wladiwostok gehofft, heute fehle hierfür, und damit auch für den Austausch von Kunst- und Kulturgütern, das gegenseitige Vertrauen.

Eine Einigung auf kultureller Ebene sei momentan nicht möglich, so auch Pawel CHOROSCHILOW, ehemaliger stellvertretender Kulturminister der Russischen Föderation. Die Verhandlungen über den Austausch geraubter Kunst- und Kulturgüter hätte konstruktiver gestaltet werden können, Fehler seien auf beiden Seiten gemacht worden und die heute unterbrochene Kommunikation sei schmerzhaft für beide Länder.

Pawel PETROW, Leiter der wissenschaftlichen Abteilung über die Zerstörung der Schlossanlage Peterhof, die zweieinhalb Jahre unmittelbar an der Frontlinie lag. Erst seit 2010 seien die Wunden des Krieges nach 65 Jahren Wiederaufbau beseitigt, so Petrow. Das Museum widme-

te der Kriegsthematik 2019 mit der Veröffentlichung eines Sammelbandes besondere Aufmerksamkeit.

Corinna KUHR-KOROLEV erläuterte die Ergebnisse eines Forschungsprojekts zum nationalsozialistischen Kunstraub in den Zarenschlössern bei Petersburg, dem damaligen Leningrad. Der Kunstraub müsse im Kontext der gesamten kriegserregenden Ausbeutung des Landes gesehen werden. Im Gegensatz zum Mythos von einer generalstabsmäßigen Planung habe es auf deutscher Seite aber kaum Abstimmungen, sondern vornehmlich einen Wettstreit unterschiedlicher Stäbe um das Kulturgut gegeben. Dabei habe der Fokus nicht auf russischer Kunst, sondern hauptsächlich auf Kunst westeuropäischer Herkunft in den Städten Moskau, Petersburg und Kiew gelegen, die anschließend nach Deutschland transportiert wurde. Allerdings seien viele Deutsche von den Kunstschatzen vor Ort überwältigt gewesen.

Erfreulicherweise sind Einzelstücke aus den Zarenschlössern, die von Angehörigen der Wehrmacht und anderer Einsatzstäbe geraubt wurden, in den letzten Jahren von Nachfahren der Täter zurückgegeben worden. Auf zwischenstaatlicher Ebene sind solche Restitutionsmomentan nicht denkbar. Für zukünftige Verhandlungen über die Rückführungen von Kunst- und Kulturgütern müssten die Verluste beider Seiten anerkannt und Vertrauen aufgebaut werden, so die Teilnehmenden der Diskussion.

Meere als Raum von Kooperation und Konflikt

Bericht: Gemma Pörzgen

Fotos: Claudia Höhe

Eurasien ist die größte Landmasse und die Russische Föderation der größte Flächenstaat der Welt. Aber die Bedeutung der Meere für Politik, Wirtschaft, Sicherheit und Kulturtransfer im Osten Europas bleibt oft unbeachtet. Sie wird erst sichtbar, wenn es Konflikte um Grenzen, Ressourcen, Artenvielfalt und Umweltschutz gibt. Die DGO stellte deshalb die Beschäftigung mit den Meeren im Osten Europas in den Mittelpunkt ihrer Jahrestagung in Hamburg, die sich vor allem mit der Frage nach Kooperationen und Konflikten beschäftigte.

Der Historiker Herfried MÜNKLER wagte in seinem Eröffnungsvortrag einen historischen Rückblick, der sich nicht nur der maritimen Ideen- und Strategiegeschichte widmete, sondern einen weiten Bogen bis zur Gegenwart schlug. „Der Blick der Athener ging aufs Meer hinaus, während die Aufmerksamkeit der Spartaner dem Land zugewandt war“, so Münkler. Der Gegensatz zwischen „Maritimem und Terranem“ prägte die internationalen Beziehungen von der Vergangenheit bis heute. Münkler machte deutlich, dass sich daraus viel

für die geopolitischen Konstellationen der Gegenwart lernen lasse. „Die Besetzung und Annexion der Krim sollte verhindern, dass Russland weitgehend im Raum des Schwarzen Meeres marginalisiert wurde, nachdem es zu Beginn der 1990er Jahre aus der Ostsee verdrängt worden war.“ Auch ein Makroprojekt wie Chinas

„Seidenstraßeninitiative“ lasse sich heute anhand dieser geostrategischen Kategorien erklären. Münkler bezweifelte, dass das US-amerikanische Jahrhundert von einem chinesischen Jahrhundert abgelöst werde und verwies auf die besondere Seemachtstellung der USA. Der chinesische Zugang zu den Weltmeeren könne jederzeit von der US-Regierung blockiert werden. Der Handelsstreit

zwischen Peking und Washington sei deshalb eher ein Ersatz für einen Seekrieg zwischen beiden Mächten.

Ganz andere Akzente setzte der zweite Redner des Eröffnungsabends, der Ozeanograph Ulrich BATHMANN vom Leibniz-Institut für Ostseeforschung in Warnemünde. Er überraschte das Publikum mit seiner Darstellung der: „Ostsee als Mittelmeer Eu-

Jahrestagung der DGO
5./6. März 2020, Hamburg

Bei der Körber-Stiftung
in Hamburg



Gemma Pörzgen



Herfried Münkler

ropas“ – dies sei durch die Jahrzehnte, in denen die Grenze des Eisernen Vorhangs mitten durch das Meer verlief, in Vergessenheit geraten. Heute grenzen neun europäische Nationen an die Ostsee mit einer Bevölkerung von rund 85 Millionen Menschen. Mit Blick auf die Verschmutzung der Ostsee und den Klimawandel plädierte Bathmann für eine Zusammenarbeit der natur-, sozial- und geisteswissenschaftlichen Forschung. Gemeinsame interdisziplinäre Projekte seien von größter Bedeutung und benötigten ein entsprechendes Design der Forschungsstrukturen.

Der Klimawandel und die Auswirkungen auf das Nördliche Polarmeer beschäftigten den Politologen Christoph HUMRICH von der Universität Groningen. Er kritisierte die medial überzogene Darstellung der Arktis als Konfliktregion, die auch in vielen politischen Reden mitschwingt. Da werde ein gestiegenes Risiko für militärische Auseinandersetzungen diagnostiziert und ein Sicherheitsproblem übertrieben betont. In den Veröffentlichungen regionaler Fachleute und in der akademischen Forschung überwiege dagegen erkennbar eine „Kooperationsperspektive“, betonte Humrich. Elena NIKITINA vom Primakow-Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen in Moskau verwies in diesem Zusammenhang am Beispiel Russlands auf überlappende Zuständigkeiten für militärische Fragen und Notfallsituationen in der Arktis. Der norwegische

Politologe Arild MOE betonte, dass die Nord-Ost-Passage als Alternative zum Suez-Kanal für große Frachtschiffe überschätzt werde und für den Welthandel keine große Rolle spiele. Ein direkter Konflikt um die Arktis, so Humrich, sei daher eher unwahrscheinlich. Der Klimawandel wirke ebenso wie das Rohstoff- und Schifffahrtspotenzial der Arktis eher kooperationsverstärkend. Kaum wahrgenommen werde auch die konstruktive Zusammenarbeit der betroffenen Staaten im Arktischen Rat, in dem vor allem die US-Regierung unter Präsident Donald Trump den weitgehenden Konsens störe.

Ein anderes Beispiel für die Kooperation von Anrainerstaaten stellte der stellvertretende Generalsekretär des Ostseerats, Bernd HEMINGWAY vor. Der 1992 gegründete Ostseerat sollte die europäische Integration befördern. Während die Zusammenarbeit in Fragen von Umwelt- und Zivilschutz gut funktioniere, sei allerdings ein Thema wie Energie nicht konsensfähig. Der Moskauer Politologe Andrej ZAGORSKIJ verwies darauf, dass der Ostseeraum auch aufgrund militärischer Aktivitäten der NATO und Russlands wesentlich konfliktträchtiger sei als die Arktis. Auch unter den Anrainerstaaten des Kaspischen Meers gibt es seit 2018 eine vertraglich vereinbarte Kooperation. Die Journalistin Birgit WETZEL verwies darauf, dass erst die politische Krise um die Annexion der Krim einen nachhaltigen Impuls zur Zusammenarbeit in der Region gegeben

habe. Energiefragen stehen hier noch viel stärker im Vordergrund als in der Ostsee. Solange Fragen der Grenzziehung im Kaspischen Meer nicht geklärt sind, bleibe die Nutzung der Energieressourcen, so Wetzel, allerdings konfliktreich.

Kaum eine Rolle für den Ostseerat, so Hemingway, spielen Fragen der Migration. Der Historiker Lars Fredrik STÖCKER von der Universität Wien wies demgegenüber darauf hin, dass es in der Region schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine Arbeitsmigration von Ost nach West gegeben habe. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es aus dem Baltikum als Teil der Sowjetunion lange keine Möglichkeit der legalen Emigration mehr. Eine größere Migrationsbewegung sei dann ab 1968 aus Polen in die skandinavischen Länder erfolgt – eine Folge des dortigen Antisemitismus. Über die heutige Praxis berichtete Magdalena MORGENROTH vom Verein Arbeit und Leben in Hamburg, der EU-Ausländer zu arbeitsrechtlichen Fragen berät. Sie berichtete von den Schwierigkeiten vieler Migrantinnen und Migranten bei der Durchsetzung ihrer Rechte.

Von der Gegenwart zurück in die Geschichte führte die Historikerin Kristina KÜNTZEL-WITT von der Universität Hamburg, die sich mit der Erforschung von Sibirien und der Nordpassage im 18. Jahrhundert beschäftigte. Russland habe lange Zeit kein Interesse daran gezeigt, eine Schiffsroute entlang der Küste nach Asien zu erkunden. Erst unter Peter I habe die Erforschung der sibirischen Küste am Nordpolarmeer begonnen. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurde der nördliche Seeweg durch den Wirtschaftsaufschwung in doppelter Hinsicht attraktiv, führte der Historiker Andreas RENNEN von der Universität München aus. Steigende Rohstoffpreise hätten die Strecke als Exportweg in Erinnerung gebracht und der russische Staat habe damit begonnen, seine Einnahmen in den Wiederaufbau der arktischen Infrastruktur zu investieren. Der arktische Ozean, so Renner, bilde eine Projektionsfläche für Moskaus Machtansprüche in der Partnerschaft mit China.

In der Abschlussdiskussion über neue maritime Militärstrategien ging es konkreter um die Konkurrenzen zwischen Russland, China und den USA. Michael PAUL von der Stiftung Wissenschaft und Politik verwies darauf, dass der Konflikt zwischen den USA und China stark maritim geprägt sei. Russland, so Zagorskij, könne da



aus geographischen und finanziellen Gründen kaum mithalten und habe vor allem im pazifischen Raum kein Interesse, sich in Konflikte zu begeben. Wichtiger als Expansion sei für Russland die Sicherung der eigenen Einflussosphäre. Auch die EU, so Paul, versuche, sich aus Konflikten herauszuhalten. So würden Regelverstöße der Chinesen im Chinesischen Meer von der EU nicht mehr offiziell angeprangert, weil einzelne EU-Staaten sich in eine Abhängigkeit von China begeben hätten. Die Stärkung der chinesischen Marine seit Deng Xiaoping lasse sich durchaus mit dem wilhelminischen Flottennationalismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts vergleichen. Die inoffizielle chinesische Marinestrategie sei eine Expansion zu beiden Polen. Michael PETERSEN vom Russia Maritime Studies Institute in Newport, Rhode Island, befürchtet allerdings keine direkte Konfrontation zwischen China und den USA. Konflikte würden eher über dritte Parteien ausgetragen. So schloss die Diskussion im Sinne der Eingangsthese von Herfried Münkler: Der Handelsstreit zwischen Peking und Washington lässt sich vielleicht als Ersatz für einen Seekrieg zwischen beiden Mächten lesen.

Die anderthalbtägige Konferenz deckte nicht nur ein großes Themenspektrum ab, sondern verknüpfte auch historische, politische und naturwissenschaftliche Fragestellungen auf bereichernde Weise. Im Nachgang zur Konferenz werden einige der Vorträge und Diskussionsbeiträge in einem Band der Zeitschrift OSTEUROPA mit dem Titel *Klimawandel und Meeresstrategie – Konflikt und Kooperation in der Arktis* publiziert.

Judicial and Constitutional Reforms after Armenia's Velvet Revolution – Balance or Clash of Powers?

Bericht: Ricardo Bergmann

Die TeilnehmerInnen diskutierten mit dem Abgeordneten der Armenischen Nationalversammlung Sos AVETISYAN und der Politikwissenschaftlerin Renée RIPPBERGER über die Reformen in Armeniens Justizbereich nach der Revolution von 2018. Zu Beginn gab Rippberger, die über Gerechtigkeitsvorstellungen der armenischen Diaspora forscht, eine kurze Übersicht über die generellen politischen Entwicklungen in Armenien sowie über die Bestrebungen der aktuellen Regierung, das Justizwesen sowie das Verfassungsgericht zu reformieren. Danach legte Avetisyan, der auch Mitglied des Ständigen Komitees für Auslandsbeziehungen der Armenischen Nationalversammlung ist, die Entwicklungen und die Gründe für die aktuellen Spannungen zwischen Regierung und Parlamentsmehrheit auf der einen und dem Verfassungsgericht auf der anderen Seite aus seiner Sicht dar. Dabei ging Avetisyan auch auf die vielfach von internationaler Seite angebrachte Kritik ein, dass die Regierung und das Parlament das Verfassungsgericht als dritte Staatsgewalt nicht unter Druck setzen dürften. Seiner Meinung nach hat die Venedig-Kommission des Europarates einen großen Kredit bei der armenischen Bevöl-

kerung verspielt, als sie 2015 die Verfassungsänderung unter der Regierung des damaligen Präsidenten Serzh Sargsyan unterstützte. Diese Verfassungsänderung sei nur durchgeführt worden, um den Machterhalt der Sargsyan-Regierung zu gewährleisten. Viele Einschätzungen über die aktuellen politischen Entwicklungen in

Armenien würden zudem vor dem Hintergrund der Entwicklungen in Polen vorgenommen. Laut Avetisyan besteht aber ein großer Unterschied zwischen den Reformen in Polen und Armenien. Während in Polen demokratische Strukturen abgebaut würden, bemühe sich die armenische Regierung, demokratische

Institutionen zu stärken. Eines seiner Ziele, so Avetisyan, sei es, demokratische Institutionen in Armenien so zu schaffen, dass sie durch nachfolgende Regierungen nicht mehr abgebaut werden können. Auf Nachfragen der TeilnehmerInnen ging Avetisyan auch auf persönliche und kulturelle Aspekte des Reformprozesses in Armenien ein. So seien die demokratische Erziehung in den Schulen sowie die Werbung von internationalen ExpertInnen und JuristInnen Kernaufgaben, wenn es um den Erfolg der geplanten Justizreformen geht.

1h #jungedgo on Web
25. Mai 2020, online

Reshuffle in Domestic and Foreign Politics – on the State of the Ukrainian Government

Bericht: Gisela Erbslöh

Im Februar 2020 ernannte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj seinen außenpolitischen Berater Andrij Jermak zum neuen Leiter des Präsidentenbüros. Mit der Absetzung von Premier Olexij Hontscharuk begann Anfang März eine umfassende Regierungsumbildung in mehreren Etappen. Zwei Drittel aller Minister mussten – nach nur einem halben Jahr in ihren Ämtern – ihre Posten räumen. Viele innen- und außenpolitische Beobachter sehen in diesem Personalkarussell eine Abkehr vom ukrainischen Reformkurs und den erstarkenden Einfluss alter Netzwerke. Über die Hintergründe der Umgestaltung und ihre Folgen diskutierten bei der Online-Podiumsdiskussion der Osteuropahistoriker Wilfried JILGE, Associate Fellow der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin, und Wolodymyr JERMOLENKO, Dozent für Philosophie an der Nationalen Universität-Mohyla-Akademie in Kiew und Leiter der Nachrichtenseite ukraineworld.org mit Gabriele FREITAG, Geschäftsführerin der DGO.

Die Diskutanten waren sich weitgehend einig, dass es zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum möglich ist, endgültige Aussagen zum zukünftigen Kurs Präsident

Selenskyjs und der neuen Regierung zu machen. Doch teilten sie die Sorge, dass der begonnene Reformkurs gestoppt und nun ein rückwärtsgewandter, zudem Oligarchen freundlicher Kurs eingeschlagen werde. Die Regierungsmannschaft des Ministerpräsidenten und Selenskyj-Vertrauten Denys Schmyhal und ihre ersten öffentlichen Auftritte ließen kaum Hoffnung auf

eine Wendung in eine andere Richtung. Dies bestätigt unter anderem der Verbleib des schon lange umstrittenen Innenministers Arsen Awakow im Amt, der, so Jilge, in den vergangenen Monaten keinerlei Anstalten machte, die mächtige Polizei und ihre Sondertruppen zu reformieren. Als besonders fatal gilt die Entlassung des reformorien-

tierten Generalstaatsanwalts Ruslan Rjaboschapka, dessen Nachfolgerin Iryna Wenediktowa die Weiterführung von Rjaboschapkas Antikorruptionsmaßnahmen derzeit blockiert. Fragwürdig nannte Jilge auch die Berufung des ehemaligen Generalmajors der ukrainischen Armee, Andrij Taras, zum Verteidigungsminister. Dieser zeige ebenfalls keine Neigung, die von seinem Vorgänger begonnene Reformierung der verkrusteten militärischen Strukturen fortzusetzen. Ministerpräsident Schmyhal

Diskussion
3. Juni 2020, online

selbst, ehemals Manager eines Energie-Konzerns des Milliardärs Rinat Achmetow, stehe für den wachsenden Einfluss der Oligarchen und gleiches lasse sich vom neuen Leiter des Präsidentenbüros Andrij Jermak als ehemaligem Direktor von Ihor Kolomojskyjs Fernsehkanal „1+1“ sagen. Akteure rund um Kolomojskyjs populären Fernsehkanal waren wiederum an der aggressiven Desinformationskampagne beteiligt, mit der seit ihrem Amtsantritt die entlassene Regierung Hontscharuk überzogen wurde. Inhaltlich lief die Kampagne im Wesentlichen auf die Diskreditierung prowestlich orientierter ukrainischer Politiker als „Zöglinge“ des amerikanischen Milliardärs und Förderers osteuropäischer Zivilgesellschaften, George Soros, hinaus.

Nicht nur die bereits vor den Corona-Beschränkungen eingetretene Wirtschaftskrise, auch die manipulative Kampagne, so Jilge und Jermolenko, hatten Anteil an den sinkenden Umfragewerten der Regierung Hontscharuk. Diese wiederum gaben den Ausschlag für die Regierungsumbildung. Denn Selenskyj, meinte Jilge, fürchte die Straße, nicht die Verfassung oder das Gesetz. Jermolenko betonte, dass der Präsident grundsätzlich zwischen zwei radikalen politischen Flügeln stehe. Auf der einen Seite seien die Anhänger des früheren Präsidenten Poroschenko, auf der anderen eine Melange aus prorussischen Medwedschuk-Anhängern und Opportunisten aus dem Lager der Oligarchen. Selenskyj, der keine klare Strategie habe, bemühe sich um ein Gleichgewicht der Kräfte, werde sich aber wohl letztlich nach der Seite richten, die sich als die stärkere erweisen werde. Während Jermolenko Präsident Selenskyj, als aufrichtig liberal einschätzte, beschrieb Jilge den Präsidenten als einen Mann, der vor allem seine eigenen Interessen, nämlich seinen Machterhalt verfolge und nur dem eigenen Freundeskreis vertraue. Würde Selenskyj

in seiner Regierung auf Experten setzen, meinte Jilge, könne er durchaus einiges auf den Weg bringen.

Auch bei der Frage nach dem gegenwärtigen Stand der Zivilgesellschaft als Kontrollinstanz der Politik gingen Jilges und Jermolenkos Meinungen auseinander. Letzterer meinte, es sei bereits vieles erreicht worden, und da nun die Generation der 30- bis 40-jährigen zum Zuge komme, sehe er ihre Zukunft durchaus positiv. Wohl sei die Gesellschaft gespaltener als zur Zeit des Majdan, aber „immer noch existiert eine Vielfalt unabhängiger politischer Organisationen, immer noch bestehen Presse- und Meinungsfreiheit“. Jilge dagegen sieht die „Revolution der Würde“ von 2014/15 in Frage gestellt: Tatsächlich gäbe es jetzt mehr Chancen für junge Menschen, auch ohne Beziehungen in verantwortliche Positionen zu kommen, aber „nennenswerte Veränderungen hat es deshalb in den ausschlaggebenden Bereichen der Gesellschaft noch nicht gegeben. Immer noch verlassen zu viele junge Menschen das Land. 70 % der Bevölkerung haben Selenskyj gewählt und die Hälfte von ihnen ist an Reformen und Veränderungen nicht interessiert. Gebraucht werden Interessenverbände, die sich für das einsetzen, was den Alltag der Bevölkerung betrifft.“ Zivile Vertreter öffentlicher Interessen aber seien im Bewusstsein der Bevölkerung zu wenig verankert.

Und wie sieht es mit der Einstellung zur Europäischen Integration aus, die doch das vorrangige Ziel der Majdan-Revolution war? Die Unterstützung sei noch groß, sagte Jermolenko, aber keineswegs auf Dauer gesichert. Denn die EU mache keine Hoffnung auf einen Beitritt und Russland schlage mit den bekannten Mitteln in die gleiche Kerbe: „Europa will Euch nicht!“ Und diese Botschaft sei ebenfalls eine ernsthafte Bedrohung des Reform- und Demokratie-Kurses in der Ukraine.

Die Verfassungsreform in Russland: Inhalte und Umsetzung

Bericht: Burkhard Breig, Gabriele Freitag

Screenshot: Olessia Seminina

Im Januar dieses Jahres überraschte der russische Präsident Wladimir Putin mit Vorschlägen für eine umfangreiche Reform der russischen Verfassung von 1993. Diese sieht vor, die ohnehin starke Stellung des Präsidenten im Gewaltengefüge nochmals enorm zu erweitern. Im Gesetzgebungsverfahren wurden weitere gewichtige Änderungen eingefügt, darunter eine Vorschrift, die es Putin erlaubt, sich für zwei weitere Wahlperioden als Präsident zur Wahl zu stellen. Das Änderungsgesetz sieht eine Volksabstimmung vor. Das ursprünglich für den 22. April 2020 geplante Plebiszit wurde wegen der Covid-19-Pandemie auf Ende Juni verschoben.

Über die gesetzlichen Änderungen, ihre juristische Bedeutung und den weiteren Fortgang des Verfahrens diskutierten Caroline VON GALL, Freie Universität Berlin, Elena GRITSENKO, Staatliche Universität St. Petersburg und Vera RUSINOVA, Higher School of Economics, Moskau, mit Burkhard BREIG, Ostfalia – Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel. Caroline von Gall erläuterte eingangs die Struktur des Reformgesetzes, der bisher umfangreichsten Änderung

der russischen Verfassung von 1993. Die ursprüngliche Verfassung, so von Gall, war von der Tendenz her liberal, schrieb aber gleichzeitig ein starkes Präsidentenamt fest. Wesentliches Ziel der Verfassungsänderung ist es, diese Konzentration auf das Amt des Präsidenten noch stärker zu betonen, während gleichzeitig die Gewährleistungen individueller Freiheit

des Grundrechtekapitels durch Vorschriften in den anderen Kapiteln relativiert werden. Zu den zentralen Änderungen zählt eine Regelung, die es Präsident Putin erlaubt, für zwei weitere Amtszeiten zu kandidieren – in Abweichung von der Beschränkung auf insgesamt zwei Amtszeiten. Die Ver-

fassungsänderung suggeriert auf den ersten Blick eine Stärkung des Verfassungsgerichts durch zusätzliche Kompetenzen. De-facto wird das Gericht aber, so von Gall, geschwächt. Verfassungsrichter – und auch die Richter an Rechtsmittelgerichten – können nun auf Vorschlag des Präsidenten vom Föderationsrat entlassen werden, wenn sie eine Handlung begehen, „die die Ehre und Würde eines Richters verletzt“. Außerdem wird die Zahl der Richter verringert. Neue Vorschriften über sozi-

Diskussion
23. Juni 2020, online

ale Gewährleistungen sind laut von Gall kein Fortschritt gegenüber dem status quo und dienen lediglich dazu, Akzeptanz für das Projekt in der Bevölkerung zu gewinnen.

Elena Gritsenko ging vor allem auf die Änderungen in den Rechtsbeziehungen zwischen dem Zentrum und den Regionen sowie den Trägern der kommunalen Selbstverwaltung ein. Durch folgende Gesetzesänderungen werde der Entscheidungsspielraum der Regionen zugunsten der zentralen Exekutive geschwächt: Durch die erhöhte Zahl von Vertretern der Russischen Föderation im Föderationsrat verliere dieser seine Funktion als Kammer der Regionen. Der Präsident erhält das Recht, verabschiedete regionale Gesetze präventiv dem Verfassungsgericht zur Kontrolle vorzulegen, bevor sie von dem jeweiligen Gouverneur verkündet werden. Darüber hinaus werden bisher auf einfachgesetzlicher Ebene geregelte Mitspracherechte der Föderation bei der Ernennung und Enthebung von Amtsträgern auf regionaler und kommunaler Ebene in den Text der Verfassung aufgenommen. Kommunale Organe verlieren das bisher verfassungsrechtlich gesicherte Steuerfindungsrecht. Die Abgrenzung der Zuständigkeiten auf horizontaler und vertikaler Ebene, so Gritsenko, wird durch die Verfassungsänderung noch unklarer. Die Verfassungsänderung zielt damit eindeutig auf eine stärkere Zentralisierung und weitere Stärkung des Präsidenten. Das Recht auf Verfassungsbeschwerde werde mit der Verfassungsänderung deutlich eingeschränkt.

Vera Rusinova erläuterte die Auswirkungen der Verfassungsänderung auf das Zusammenspiel von nationalem und internationalem Recht. Die Verfassungsänderung zielt auf eine Stärkung der Souveränität Russlands. Schon bisher nimmt das Verfassungsgericht für sich in Anspruch, die Rechtsprechung internationaler Gerichte (einziges praktisches Beispiel: der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte) für innerstaatlich unanwendbar zu erklären, um die Grundlagen der russischen Verfassungsordnung zu schützen. Diese Kompetenz



wird nun in den Text der Verfassung gehoben und wesentlich ausgeweitet. Rusinova betonte, Russland sei nicht der einzige europäische Staat, der sich die Möglichkeit vorbehalte, internationaler Rechtsprechung innerstaatlich die Gefolgschaft zu verweigern, mit der Verfassungsänderung aber der einzige Staat, der dies in seiner Verfassung festschreibe. Gleichzeitig wies sie auf den Vorrang des unveränderten ersten Kapitels über Grundlagen der Verfassungsordnung hin, das eine deutlich völkerrechtsfreundliche Vorschrift über das Verhältnis von internationalem und nationalem Recht enthalte.

Abschließend erörterten die beiden russischen Juristinnen die Frage nach der Ermächtigungsgrundlage für die Volksabstimmung über die Verfassungsänderung. Gritsenko betrachtet die Volksabstimmung nicht als Referendum. Problematisch sei auch, dass nur eine pauschale Zustimmung oder Ablehnung des gesamten sehr umfangreichen und disparaten Änderungspakets möglich sei. In Russland habe es eine Diskussion darüber gegeben, die Verfassungsänderungen in mehreren Blöcken zur Abstimmung zu bringen. Die Regierung habe diesen Vorschlag aber nicht akzeptiert. Auch Rusinova wertete die Abstimmung nicht als Referendum, sondern eher als Umfrage, zumal das Gesetz über die Änderung der Verfassung bereits verabschiedet und öffentlich verkündet wurde. Die Abstimmung werde in den russischen Medien gerne als neuer „Gesellschaftsvertrag“ verkauft. Das Vertrauen zwischen Staat und Gesellschaft werde durch die Änderungen aber nicht gestärkt.

Dead-end Jobs: Precarious Work in Central and Eastern Europe – and Germany

Bericht: Gabriele Freitag

Sie arbeiten in Schlachthöfen und Industriegewäschereien, auf Baustellen, am Fließband und in der Landwirtschaft. Ungeregelte Arbeitszeiten, Nachtschichten, Löhne, die kaum die existentiellen Grundlagen abdecken, Arbeit, die zum Teil gefährlich und gesundheitsschädlich ist. Dies ist der Alltag von Hunderttausenden in Osteuropa – aber ebenso von Saisonarbeiterinnen und -arbeitern in Deutschland. Durch die Covid-19-Pandemie sind prekäre Arbeitsverhältnisse in Deutschland sichtbarer geworden: Aufgrund mangelnder Schutzvorkehrungen am Arbeitsplatz und den beengten Umständen in Sammelunterkünften und Wohncontainern haben sich viele Arbeitskräfte aus dem östlichen Europa mit dem Virus infiziert. Wie durch ein Brennglas zeigt die Pandemie die Missstände auf. Über die sozialen Hintergründe in den Heimatländern, das Subunternehmertum und die Frage, ob die aktuelle Aufmerksamkeit für eine nachhaltige Verbesserung der Arbeitssituation von Menschen aus dem östlichen Europa in Deutschland genutzt werden kann, diskutierten Gianina CĂRBUNARIU, Teatru Tineretului, Piatra Neamț,

Rumänien, Dragana BUBULJ, Projekt „Faire Mobilität“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Stuttgart, Jost MAURIN, taz, Berlin und Valer Simion COSMA, Zalău Museum für Kunst und Geschichte, Rumänien mit Gabriele FREITAG, DGO, Berlin. Die Diskussion fand im Rahmen des digitalen Theaterfestivals POSTWEST

der Volksbühne Berlin statt.

Dragana Bubulj erläuterte eingangs die nationalen und Geschlechtermuster auf dem Saisonarbeitsmarkt in Deutschland: Während in der fleischverarbeitenden Industrie vor allem Menschen aus Ungarn und Rumänien arbeiten, sind Migranten vom westlichen Balkan vor allem im Bau- und Transportgewerbe tätig. Die häusliche Pflege ist fast ausschließlich in der Hand von Frauen. In der Landwirtschaft arbeiten

viele Saisonarbeitskräfte aus Polen und Rumänien. Valer Cosma beschrieb die Motivation von Rumänien aus ländlichen Gebieten, ihre Heimat für mehrmonatige Arbeitsaufenthalte in Deutschland zu verlassen. Häufig fehle das Geld, um ein eigenes Haus mit minimalen sanitären Standards zu bauen oder den Kindern eine

Diskussion
26. Juni 2020, online

In Kooperation mit der
Volksbühne Berlin

bessere Ausbildung zu ermöglichen. Ein wichtiger Motor für die Saisonarbeit sei aber vor allem die wirtschaftliche Strukturschwäche in den ländlichen Regionen Rumäniens. Die zunehmende Konzentration und Subventionspolitik in der Landwirtschaft befördere den Landraub, das so genannte land grabbing. Die Konkurrenz auf dem Agrarmarkt sei so stark, dass kleine Betriebe nicht mithalten können, die Löhne wiederum so niedrig, dass Lohnarbeit in Rumänien kaum Einkommen bringe.

Gianina Cărbunariu warnte davor, die Saisonarbeiter einseitig zu Opfern zu stilisieren. Zur Motivation vieler gehöre auch der Wunsch, ihr Leben aktiv in die Hand zu nehmen. Unbestreitbar sei aber, dass vor allem das System der Subunternehmen zu einer Ausbeutung der Menschen in einem kaum vorstellbaren Ausmaß führe. Die Funktionsweise dieser Subunternehmen erläuterte Jost Maurin. Viele Unternehmen, vor allem in der Fleischindustrie, arbeiteten mit deutschen oder ausländischen Subunternehmen, die zum Teil auch Beziehungen ins kriminelle Milieu hätten. De-facto bedeute dies, dass die Unternehmen selbst keine direkten Weisungsbefugnisse oder Mitsprache in Fragen der Unterkunft haben, damit aber auch jegliche Verantwortung für die Menschen, die in ihren Betrieben arbeiten, abschieben können. Für die Saisonarbeiterinnen und -arbeiter erhöht dies umgekehrt die Abhängigkeit: Da Subunternehmer nicht nur den Arbeitsplatz sondern auch die Unterkunft und Verpflegung zur Verfügung stellen, ist ein Arbeitsplatzwechsel nur schwer zu bewerkstelligen.

An die Beratungsorganisation „Faire Mobilität“ wenden sich Arbeiterinnen und Arbeiter aus Osteuropa vor allem wegen mangelnder Lohnzahlungen, häufig aber auch im Fall von Arbeitsunfällen und bei Fragen zur Krankenversicherung. Die wichtigste Forderung der Dachgewerkschaft DBG ist der Abschluss direkter Arbeitsverträge der Unternehmen mit ihren Arbeitskräften und die Zahlung von Zusatzleistungen, die andere

Arbeitskräfte erhalten. Aufgrund der Skandale um hohe Infektionszahlen in der fleischverarbeitenden Industrie hat sich der Druck auf die Bundesregierung erhöht. Jost Maurin berichtete von Gesetzesvorhaben, die das Subunternehmertum erheblich einschränken sollen. Die Gesetzesentwürfe werden voraussichtlich im August 2020 vorliegen. Dann liegt es am Bundestag, diese zu verabschieden. Auf der Ebene der Europäischen Union sei dagegen keine direkte Unterstützung in diesen rechtlichen Fragen zu erwarten. Handlungsbedarf bestünde auf EU-Ebene vor allem im Hinblick auf die Subventionspolitik in der Landwirtschaft, die Großbetriebe bevorzuge während die Mehrzahl der ländlichen Bevölkerung in den ärmeren Ländern der EU nicht davon profitiere.

Valer Cosma und Dragana Bulbuj sahen entgegen dem allgemeinen Trend einer Re-Nationalisierung innerhalb der EU im gewerkschaftlichen Umfeld durchaus Anzeichen für transnationale Solidarität. So arbeiteten die Gewerkschaften mehrerer ostmittel- und südosteuropäischer Länder in Fragen fairer Arbeitsbedingungen inzwischen stärker zusammen. Umstritten blieb die Frage, wie weit einzelne Bürgerinnen und Bürger zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Saisonarbeitskräften in Deutschland beitragen können. Jost Maurin sah die Einflussmöglichkeit des und der Einzelnen vor allem in der Wahl von Parteien, die bereit sind, die offenkundigen Missstände zu beheben. Dragana Bulbuj sah demgegenüber die Bevölkerung als Konsumenten in der Pflicht. Dabei könne es nicht nur darum gehen, umweltfreundliche sondern auch fair produzierte und gehandelte Produkte zu kaufen. Gianina Cărbunariu blickte abschließend auf die Möglichkeiten von Künstlerinnen und Künstlern, wie den Teilnehmenden des Theaterfestivals POSTWEST, Einfluss auf die Beseitigung von Unrecht zu nehmen. Kunst könne Aufmerksamkeit für Missstände wecken. Ohne gesellschaftlichen Druck und gesellschaftliche Solidarität würde sich aber nichts verändern.

Presidential Election in Belarus Against the Background of Pandemic and Popular Protests

Bericht: Gabriele Freitag

Screenshot: Olessia Seminina

Im August finden in Belarus Präsidentschaftswahlen statt. Die Bevölkerung scheint zunehmend unzufrieden mit der Arbeit der Regierung – auch aufgrund mangelnder Schutzvorkehrungen im Umgang mit der Pandemie Covid 19. Diese Unzufriedenheit zeigt sich in einer wachsenden öffentlichen Unterstützung für alternative Präsidentschaftskandidatinnen und -kandidaten. Unter diesen sind erstmals ernstzunehmende Kandidaten aus dem früheren Regierungsumfeld. Dies deutet auf die Entstehung einer qualitativ neuen Opposition hin. Olga DRYNDOVA, Redakteurin der Belarus-Analysen und stellvertretende Vorsitzende der deutsch-belarussischen gesellschaft diskutierte mit Ryhor ASTEPANIA von Chatham House London und Aliaksandr HERASIMENKA von der Universität Oxford über die politischen und gesellschaftlichen Hintergründe der Präsidentschaftswahl.

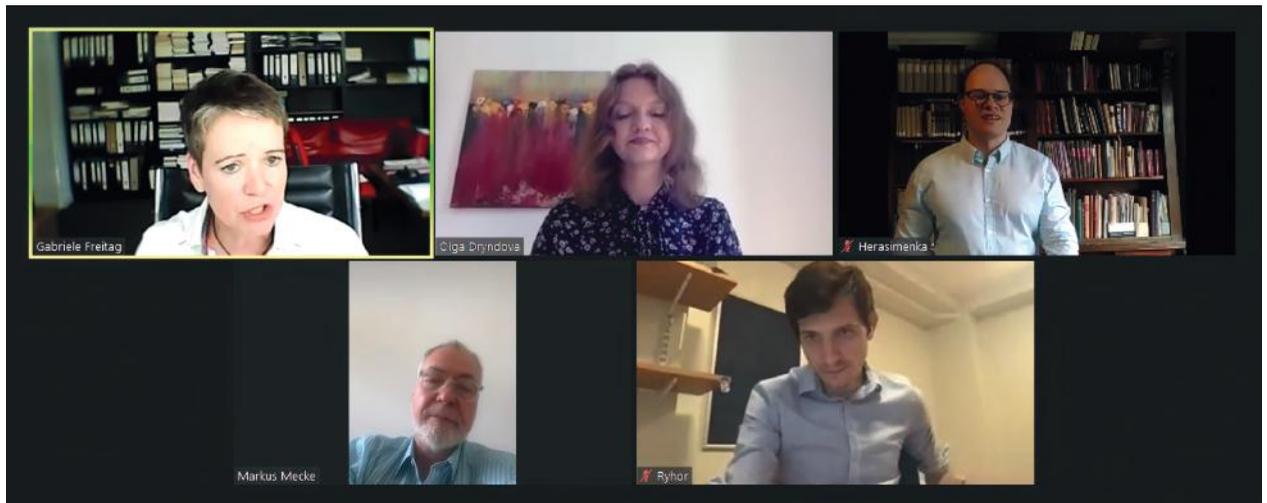
Aliaksandr Herasimenka nannte eingangs mehrere Faktoren für die unerwartete Politisierung der belaru-

sischen Gesellschaft: Oppositionelle Politikerinnen und Politiker nutzten die anstehenden Präsidentschaftswahlen, um größere Kreise der Gesellschaft zu mobilisieren. Der online-Kanal YouTube und soziale Medien wie Telegram bieten eine geeignete Plattform, um politische Meinungen zu äußern und werden zunehmend von Bloggern in Belarus genutzt. Covid 19 schürt die Ängste der Menschen um ihre persönliche Sicherheit. Die Tatsache, dass der Staat sehr verzögert auf die Krise reagierte, gab Personen aus der Opposition die Möglichkeit, sich prominent zu positionieren. Herasimenka verwies darauf, dass der Protest diesmal schwerer zu kontrollieren sei, da sich nicht nur klassisch oppositionell eingestellte Gruppen daran beteiligten. Dies erschwere den Sicherheitsorganen, die Lage unter Kontrolle zu halten.

Ryhor Astepania warf einen genaueren Blick auf die politische Klasse in Belarus. Er verwies darauf, dass die politischen Haltungen unter einflussreichen Personen

Diskussion
30. Juni 2020, online

In Kooperation mit der
deutsch-belarussischen
gesellschaft e.V.



im Staat zunehmend divergieren. Beispielhaft dafür stehen zwei prominente Präsidentschaftskandidaten: der ehemalige Chef der „Belgazprombank“, Wiktar Babaryka, der die Regierung schon früher scharf kritisierte, und der frühere Leiter des belarussischen „Hi-Tech-Park“, Walery Zapkala, der sich bisher eher systemkonform verhielt. Der überwiegende Teil des heutigen politischen Establishments, so Astepania, wurde unter Präsident Aliaksandr Lukaschenka sozialisiert. Loyalität spielte für die diversen Amtsinhaber bis heute die wichtigste Rolle. In der augenblicklichen angespannten Situation gewinnen die Sicherheitskräfte weiter an Einfluss. Dies deutet auf eine Rückkehr zur „Normalität“ nach den Wahlen hin.

Umso wichtiger sei es, so Herasimenka, schon jetzt über politische Aktionen nach der Präsidentschaftswahl nachzudenken. Die momentanen Emotionen würden sich schnell erschöpfen, wichtig sei daher der Aufbau von Strukturen in der Fläche, um die Menschen auch nach den Wahlen zu erreichen. Mit zunehmenden Aktivitäten aus den Reihen der Zivilgesellschaft verliere die Unterstützung von Institutionen aus dem Ausland an Bedeutung. An die Stelle von WahlbeobachterInnen der OSZE träten jetzt heimische WahlbeobachterInnen. Im Gegensatz zu früheren Wahlen spielten internationale Aspekte für die Bevölkerung diesmal keine Rolle.

Spannend bleiben trotzdem die internationalen politischen Reaktionen auf die Wahlen in Belarus. Astepania prognostizierte hier einen Teufelskreis: Die belarussische Regierung hat einige Präsidentschaftskandidaten verhaftet – die Abgeordnete Hanna Kanapazkaja und Swjatlana Tichanouskaja, die Ehefrau eines bekannten Youtube Bloggers, nehme Lukaschenka gar nicht als Konkurrenz wahr – und ist auch gegen viele UnterstützerInnen aus der Bevölkerung drakonisch vorgegangen. Astepania geht davon aus, dass „der Westen“ sich unter diesen Bedingungen gezwungen sieht, neue Sanktionen gegenüber Belarus zu verhängen, um die eigene Glaubwürdigkeit zu wahren. Sanktionen wiederum beförderten automatisch eine erneute Annäherung von Belarus an Russland. Russland könne entspannt zusehen, wie die belarussische Regierung ihre guten Beziehungen zum Westen selbst zerstöre. Eigentlich seien die Sanktionen, so Astepania, nicht sinnvoll, erfüllten als Drohung aber trotzdem eine wichtige Funktion: Der Westen könne auf diese Weise die Kosten für die belarussische Regierung im Kampf gegen die eigene Bevölkerung erhöhen und damit das Ausmaß der Repressionen drosseln. Herasimenka betrachtete diese Option noch kritischer. Sanktionen beförderten nur die Burgmentalität und seien daher nicht wirklich hilfreich.



Monica Rütters

Impressum

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V.
Schaperstr. 30
10719 Berlin

Geschäftsführung:

Dr. Gabriele Freitag

T 049 (0) 30 214 784 12

F 049 (0) 30 214 784 14

E info@dgo-online.org

www.dgo-online.org

Redaktion und Satz: Olessia Seminina

Satz: Marta Warmińska

Redaktionsschluss: 10. Juli 2020

Fotos auf den Seiten: 2-3, 13, 22-23, 25, 35, 50 von Claudia Höhne

Die DGO erhält eine institutionelle Förderung vom Auswärtigen Amt.

